

LANDTAGS NACHRICHTEN

22. Oktober

7 / 2015

www.landtag-mv.de



+++ Lage der Flüchtlinge in Mecklenburg-Vorpommern +++ Volksinitiative „Freier Horizont“ +++ Studium oder Berufsausbildung? +++ Katastrophe oder Unfall? Das Fischsterben in der Peene +++ Umweltpreis des Landtages für Gewässerschutz +++ Projekttag „Gymnasium Sanitz für Toleranz“ +++ Aktuelles zum Baugeschehen im Schloss +++



Titelfoto (Uwe Sinnecker): Herbststimmung am Schweriner Schloss.

3	GASTKOLUMNE	Andreas Ebel (Chefredakteur der OSTSEE-ZEITUNG) zum Thema Flüchtlinge
4 – 18	AUS DEM PLENUM	
4 – 11	Aktuelle Stunde	„Hilfe ist ein Gebot der Menschlichkeit“ Zur Lage der Flüchtlinge in Mecklenburg-Vorpommern
12– 17	Berichte	Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung sichern – Engpässen bei nichtakademischen Ausbildungsplätzen vorbeugen Erste Lesung zum Gesetzentwurf der Volksinitiative „Gegen unkontrollierten Ausbau von Windenergie“ Fischsterben in der Peene aufklären
18	Weitere Beschlüsse	Novellierung der Landesbauordnung Entfristung Seniorenmitwirkungsgesetz M-V Landespressegesetz (Impressumspflicht) Gesetzentwurf zur Reform der Regelungen über die Durchführung eines Volksentscheids
19	PANORAMA	Umweltpreis 2014/2015 des Landtages „Initiativen zum Schutz und zur Entwicklung von Gewässern als Habitat und natürliche Ressource“
20 – 21	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	<i>Innenausschuss:</i> Öffentliche Anhörung zu Doping und Zwangsdoping in den Nordbezirken der DDR <i>Bildungsausschuss:</i> Öffentliche Anhörung zu den Studierendenwerken in Mecklenburg-Vorpommern
22 – 23	PANORAMA	Projekttag „Gymnasium Sanitz für Toleranz“ Aktuelles zum Baugeschehen im Schweriner Schloss
24	CHRONIK	

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Das Flüchtlingsthema bleibt

Tausende Flüchtlinge erreichen MV. Sie verändern alles in unserem Land. Dauerhaft. Der Nordosten wird bunter und gerade wegen der düsteren Bevölkerungsprognosen wäre der Zuzug eine Chance gegen das vorprogrammierte Aussterben ganzer Landstriche. Die Wirtschaft in MV beklagt, dass es immer schwieriger wird, Fachkräfte zu finden.

So weit – so gut? Mitnichten! Die Flüchtlings-Krise, die eigentlich eine Verwaltungskrise ist, verändert das Klima im Land. Die Stimmung kippt. Auf der einen Seite steht die große Hilfsbereitschaft zahlreicher Bürger für die Menschen, die ihre Heimat verlassen mussten, weil Krieg und Anschläge ihr Leben bedrohen. Auf der anderen Seite nimmt die Anzahl der Menschen zu, die angesichts der immer größer werdenden Zahl der Flüchtlinge unsicher und ängstlich in die Zukunft blicken. Und dann gibt es die rechtsnationalen Gruppen, die versuchen, aus der Situation Kapital zu schlagen und mit den Ängsten der Menschen zu spielen.

„ Mehr Gelassenheit,
aber auch mehr Informationen
müssen her. „

Auch bei der OSTSEE-ZEITUNG spüren wir deutlich, dass der Ton rauer wird. Auf Facebook, aber auch in Mails und Briefen reagieren manche Leser auf unsere Berichterstattung fast schon aggressiv. Anders als bei anderen Themen spüren wir bei dem Flüchtlingsthema, dass lauter, kompromissloser, ja manchmal brutal gestritten wird. Oft wird sich die Meinung der Andersdenkenden nicht mal angehört. Was leider für beide Seiten gilt. Denn auch bei dem ein oder anderen ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer sind Tendenzen spürbar, dass die Not der Menschen genutzt wird, ein politisches Süppchen zu kochen.

Unseren Facebook-Kanal kontrollieren wir ständig. Eine kontroverse Diskussion wollen wir, Hetz- und Hass-Kommentare auf unseren Kanälen dulden wir nicht und löschen sie. Was wir erst recht nicht hinnehmen, sind Gewalt und Drohungen gegen unsere Mitarbeiter. Als in Wismar Kollegen in sozialen Netzwerken bedroht wurden, haben wir Anzeige erstattet.



Foto: Frank Söllner

Andreas Ebel (47) ist seit 2012 Chefredakteur der OSTSEE-ZEITUNG. Zuvor war er zehn Jahre Chef der OZ-Lokalausgabe Rostock. Nach seinem BWL-Studium in Lüneburg arbeitete Ebel als freier Journalist unter anderem bei der Bergedorfer Zeitung (Hamburg) und den Lübecker Nachrichten.

Mehr Gelassenheit, aber auch mehr Informationen rund um das Flüchtlingsthema müssen her. Oft versprochen und gefordert, sieht der Alltag aber anders aus. Beide Seiten hauen sich Formeln und Vorurteile um die Ohren, ohne Fakten zu hinterfragen und Hintergründe zu liefern. Das meine ich auch selbstkritisch. Auch wir Medien müssen uns täglich fragen, ob wir immer den richtigen Ton finden. Nur weil MVgida oder andere Gruppierungen wieder lauter werden, sollten wir uns nicht vom Willkommens-Kurs abbringen lassen. Aber jeden Demonstranten als Neonazi zu brandmarken, greift auch zu kurz.

Mehr Argumente statt Verteufelungen: Wenn ein OZ-Leser aus Wolgast uns einen wütenden Brief schreibt, dass in der Stadt ein Obdachlosenheim geschlossen werden soll, es dann plötzlich für Flüchtlinge hergerichtet wird, haben die Bürger ein Recht auf Fakten und Argumente.

Diese große Völkerwanderung wird so schnell nicht aufhören. Das Thema bleibt. Für das Land und unsere Demokratie ist es eine riesige Chance, in der aber auch Risiken stecken. Es wird alles anders in MV: bunter, ungewohnt, neu. Wenn wir das annehmen, die Scheu vor dem Neuen und die auf uns fremd wirkenden Menschen ablegen, sie freundlich aufnehmen, werden sie sich auch integrieren, unsere Gesellschaft und Kultur akzeptieren.

Andreas Ebel

Hilfe ist ein Gebot der Menschlichkeit

Landtag debattierte in der Aktuellen Stunde über die Lage der Flüchtlinge

Der Ansturm von Flüchtlingen auf Deutschland ist ungebrochen. In Mecklenburg-Vorpommern kamen bislang mehr als 10.000 Menschen an. Bis zu 25.000 könnten es den Prognosen nach bis zum Jahresende noch werden. Kaum ein Thema bestimmt die öffentliche Diskussion im Moment so sehr, wie die Flüchtlingsdebatte. Die SPD machte die Lage der Flüchtlinge zum Gegenstand der Aktuellen Stunde am 23. September. Und auch hier galt in gewisser Weise eine Ausnahmesituation: Die Reden von Ministerpräsident Erwin Sellering und Innenminister Lorenz Caffier kamen Regierungserklärungen gleich, und die gesamte Debatte ging weit über die sonst übliche Stunde hinaus. Dabei wurden in den demokratischen Fraktionen neben vielen Gemeinsamkeiten auch unterschiedliche Vorstellungen zur Herangehensweise an die Krise deutlich. Zwei Dinge einten ihre Reden jedoch unisono: Der Konsens, Menschen in Not zu helfen, sowie großer Dank an die vielen haupt- und ehrenamtlichen Helfer.

Dr. Norbert Nieszery, SPD:

„Den Kurs der Menschlichkeit beibehalten“

Foto: Ulwe Baleski



„Seit Jahren steht die Welt um uns herum in Flammen, und nun klopfen die Menschen des Infernos an unsere Türen“, sagte **Dr. Norbert Nieszery** (SPD). Hunderttausende Menschen hätten keine andere Wahl mehr, als ihre Heimat auf gefährlichen Wegen zu verlassen. „Sie suchen das, was es in ihrer Heimat nicht mehr gibt: Sicherheit, Frieden, Freiheit und persönliche Entwicklungsmöglichkeiten.“ Weil die Menschen hierzulande in der glücklichen Lage seien, über all das zu verfügen, sei Deutschland für viele Flüchtlinge „das gelobte Land“. Um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern, sei es richtig von Angela Merkel gewesen, die Grenzen zu öffnen, erklärte Nieszery, räumte jedoch ein, dass es angesichts der Dramatik und Schnelligkeit der Entwicklung schwierig sei, immer nach allen Regeln der Verwaltungskunst zu handeln. Gefordert seien in erster Linie „flexible und unbürokratische Lösungen“. Er appellierte an alle Entscheidungsträger: „Machen Sie mit Mut, Fantasie und Flexibilität möglich, was nötig ist. Dehnen Sie Ihren Ermessensspielraum bis an die Schmerzgrenze.“ Die große Anzahl von Kriegsflüchtlings wecke aber auch Ängste und Vorbehalte, die Menschen

hätten Fragen. „Diese müssen sie stellen dürfen, ohne gleich in die rechte Ecke gestellt zu werden“, betonte Nieszery. Es wäre verlogen, wenn man abstreiten würde, dass die Integration der Flüchtlinge viel Geld kosten und „vorübergehend“ auch Kompromisse verlangen werde – zum Beispiel bei Gruppengrößen in Kitas und Schulen. Gleichwohl müsse jedoch niemand Sorge haben, „auf seinen kleinen, hart erarbeiteten Wohlstand verzichten zu müssen“.

„ Eine gut organisierte und gelebte Integration kommt uns allen zugute. „

Nieszery warb dafür, in der Zuwanderung auch Chancen zu sehen. „Eine gut organisierte und gelebte Integration kommt uns allen zugute: Den Menschen, die hier eine neue Heimat finden – und unserer Gesellschaft, die bunter und jünger wird und dringend benötigte Schüler, Auszubildende und Fachkräfte bekommt.“ Er appellierte an alle, „den Kurs der Menschlichkeit beizubehalten“ und als „moralisches Vorbild für andere Länder“ auf eine „gesamteuropäische Lösung“ hinzuwirken.



Foto: Jens Büttner

Ministerpräsident Erwin Sellering:

„Asylverfahren beschleunigen“

Foto: Uwe Baleski



Menschen zu helfen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, sei ein „selbstverständliches Gebot der Menschlichkeit“, unterstrich Ministerpräsident **Erwin Sellering**. Diese „große Herausforderung“ könne jedoch nur gemeinsam bewältigt werden: „Bund, Länder und Kommunen in guter Verantwortungsgemeinschaft. Zusammen mit den Betreibern der Erstaufnahmeeinrichtungen und Flüchtlingsunterkünfte und den vielen Ehrenamtlichen, die mit großem Einsatz und viel Herz anpacken und helfen.“ Hauptschwerpunkt sei die Schaffung von Unterkünften. „Hier gilt mein großer Dank den Kreisen, Städten und Gemeinden, die unermüdlich helfen, Notunterkünfte zur Verfügung zu stellen.“ Schulen und Turnhallen zu belegen, gehe jedoch nur für ein paar Tage. Das Land werde deshalb die Kapazitäten für die Erstaufnahme „deutlich aufstocken“. Ein Beispiel sei die neue Einrichtung in Mühlengiez bei Güstrow. Ihm sei bewusst, wie viel Anstrengung es die Kommunen koste, die zugewiesenen Flüchtlinge aufzunehmen. Sellering versicherte, dass das Land auch weiterhin die vollen Kosten für Unterkunft und Betreuung übernehmen werde: „Da gibt es eine ganz klare Zusage der Landesregierung.“ Auch bei der Integration in Kitas, Schulen und Jobs „steht das Land selbstverständlich

Gesamtanzahl der Flüchtlinge im Land M-V

amtlich registriert 01.01. – 04.09.2015	8.851
amtlich registriert 05.09. – 15.10.2015	4.847
Insgesamt	13.698

Unterbringung in Mecklenburg-Vorpommern

- 1 zentrale Erstaufnahmeeinrichtung/Land in Nostorf/Horst mit vorgelagerter Unterbringungseinrichtung
- 1 Außenstelle der Erstaufnahmeeinrichtung/Land in Stern-Buchholz
- 20 Notunterkünfte des Landes für die Erstaufnahme
- 21 Gemeinschaftsunterkünfte der Landkreise und kreisfreien Städte

Quelle: Innenministerium M-V, Stand: 15.10.2015, 9.00 Uhr

„ Wir werden nicht akzeptieren, wenn Flüchtlinge beschimpft und bedroht werden. “

an der Seite der Kommunen“, sagte er und verwies auf 100 zusätzliche Lehrstellen für Deutsch als Zweitsprache sowie Beratungsangebote der Agentur für Arbeit in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Nachholbedarf sieht der Regierungschef bei der Abarbeitung der Asylverfahren. Um sie zu beschleunigen, werde Mecklenburg-Vorpommern eigene Bedienstete beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einsetzen. Wer Schutz bedürfe, müsse rasch Gewissheit erhalten. „Schnelle Entscheidungen brauchen wir aber auch für diejenigen, die keinen Anspruch auf Asyl haben“, um das klare Signal zu senden: „Es hat keinen Sinn, hierher zu kommen.“ Der Ministerpräsident lobte in seiner Rede wiederholt „die große Hilfsbereitschaft“ vieler Menschen. Nichtsdestotrotz sei es auch nachvollziehbar, Ängste und Sorgen zu äußern. „Die müssen wir sehr ernst nehmen. Nicht jeder, der Bedenken formuliert oder zögert, sich für Flüchtlinge zu engagieren, ist automatisch ein Ausländerfeind.“ Es gebe allerdings eine klare Trennlinie: „Wir werden nicht akzeptieren, wenn Flüchtlinge beschimpft und bedroht werden, wenn sie oder ihre Unterkünfte angegriffen werden, wenn Rechts-extreme gegen Flüchtlinge hetzen. Dem müssen wir mit aller Kraft entgegentreten.“

Grundrecht auf Asyl

Art 16a Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (Auszüge)

- (1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
- (2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. [...]
- (3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, dass dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. [...]
- (4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen [...]
- (5) [...]

Helmut Holter, DIE LINKE:

„Keine Politik der Abschreckung“

Fotos: Uwe Bajewski



„Im Gegensatz zum Ministerpräsidenten will ich deutlich sagen: Für mich gibt es keinen Unterschied, ob jemand wegen Krieg, Verfolgung, Gewalt, Vergewaltigung oder Hunger nach Deutschland kommt. Alle brauchen Unterstützung. Und alle haben ein Recht, ihren Asylantrag hier zu stellen“, machte **Helmut Holter**, Fraktionsvorsitzender der Linken, seinen Standpunkt klar. Flüchtlinge und Asylsuchende „in zwei Kategorien einzuteilen“ und eine „Politik der Abschreckung“ zu betreiben, sei nicht die Herangehensweise der Linken. „Es muss eine Politik des Öffnens, der offenen Tore und der offenen Herzen geben“, so seine Forderung. Notwendig sei zudem die Hilfe durch die ganze Welt: durch die USA, durch die Golfstaaten, durch die EU. Beschämend finde er es, so Holter, wie sich die Europäische Union in dieser Frage verhalte. „Wie auf einem Basar wird darüber gesprochen, wer wie viele Flüchtlinge aufnimmt.“ Alle Mitgliedsstaaten hätten eine Verantwortung, Flüchtlinge aufzunehmen. Aus dieser dürften sie nicht flüchten. Vor allem gelte es, Fluchtursachen zu bekämpfen, Waffenexporte einzustellen und Aufbauhilfe zu leisten, um den Menschen in ihrer Heimat eine Zukunftsperspektive zu eröffnen. „Zäune und Mauern werden nicht helfen“, betonte er. „Die Menschen werden Wege finden, um nach Deutschland und nach Europa zu kommen.“

„ Die Gefahr geht nicht von Migranten aus, sondern von den geistigen und tatsächlichen Brandstiftern in der Gesellschaft. „

Für richtig hält Holter, Flüchtlingen Zugang zu Kita, Schule und Arbeit zu gewähren. „Warum legt Mecklenburg-Vorpommern nicht einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor für Flüchtlinge auf?“, fragte er und nannte Nordrhein-Westfalen als Beispiel. In dieser Situation über Geld zu sprechen, wies er einen Einwurf der NPD zurück, sei „unverantwortlich und inhuman“. Wichtig sei es, den Menschen die Sorgen zu nehmen und ihre Fragen zu beantwor-

ten. Trotz aller Probleme müsse niemand befürchten, „auf irgendetwas verzichten zu müssen, weil wir hier Flüchtlinge aufnehmen. Wir haben die Kraft dazu und im Haushalt ist das Geld vorhanden“, betonte Holter und würdigte den „Schulterchluss zwischen den demokratischen Fraktionen, in der Politik, in der Verwaltung und in der Zivilgesellschaft – bei allen unterschiedlichen Positionen zur Asyl- und Flüchtlingspolitik. Deutliche Worte fand der Linkspolitiker in Richtung NPD-Fraktion: „Pfeifen Sie diejenigen zurück, die schlagen und mit Molotowcocktails Flüchtlingsheime anstecken! Die Gefahr geht nicht von Migranten aus, sondern von den geistigen und tatsächlichen Brandstiftern in der Gesellschaft.“

Innenminister Lorenz Caffier:

„Wir fahren alle auf Verschleiß“



„Es ist vermutlich die größte Herausforderung seit der Wiedervereinigung“, beschrieb Innenminister **Lorenz Caffier** die aktuelle Situation. Das Tempo des Zulaufs an Flüchtlingen sei zu hoch. „Wir fahren alle auf Verschleiß. Wir schaffen in der Nacht 150 Plätze neu und 200 bis 250 Flüchtlinge kommen in der Nacht an“, vergegenwärtigte er die Lage. „Wir brauchen eine Verlangsamung des Prozesses und europäische Unterstützung.“ Ob Integrationslotsen, die neue Erstaufnahmeeinrichtung in Stern Buchholz oder mehr Stellen in der Verwaltung – rückblickend betrachtet, sei das Land immer um einen „Rundumplan“ bemüht gewesen. „Dann kam der berühmte Tag X, der 5. September.“ Die Grenzen zu öffnen, sei für die Bundesregierung eine „alternativlose Entscheidung“ gewesen. Für Mecklenburg-Vorpommern habe dies bedeutet: „Alle unsere Planungen waren von einem Tag auf den anderen überholt.“ Auch dieser Herausforderung habe sich das Land gestellt, in kürzester Zeit 60 Notunterkünfte geschaffen und die Erstaufnahmekapazität erhöht. Man müsse aber kein Prophet sein, um zu wissen,

„ Wir brauchen eine Verlangsamung des Prozesses und europäische Unterstützung. „

dass das nicht reichen werde. Deshalb plane das Land zehn weitere Großunterkünfte. Der Innenminister machte keinen Hehl daraus, dass der hohe Zustrom die Verfahren in vielen Fällen nicht so geordnet ablaufen lasse, wie er sich das vorstelle. „Wir können mit dem vorhandenen System nur so arbeiten, dass wir die Flüchtlinge erst einmal vernünftig unterbringen, die Versorgung und die ärztliche Untersuchung gewährleisten.“ Hier bat er auch die Flüchtlinge um Geduld. Um die Arbeitsweise zu beschleunigen, sei ein interministerieller Arbeitsstab mit allen Entscheidungsträgern und Hilfsorganisationen eingerichtet worden. Mit dessen Hilfe soll es auch gelingen, täglich zwischen 200 und 300 registrierte und medizinisch untersuchte Flüchtlinge in die Kommunen zu leiten. „Aber auch da sage ich: das wird nicht über Monate und Jahre aushaltbar sein.“ Zur Ehrlichkeit gehöre auch, dass Hunderttausende Flüchtlinge kämen, die keine Aussicht auf Asyl hätten. „Ich kann es menschlich verstehen, dass diese Menschen ein besseres Leben führen wollen“, so Caffier. „Aber wir können in Deutschland nicht alle Armutsprobleme dieser Welt lösen.“ Diese Flüchtlinge zurückzuschicken, sei trotz Ausreisepflicht oft schwierig. Hier sieht er den Bund in der Pflicht, strengere Regelungen zu erlassen, und appellierte an die Bundesländer, im Bundesrat nicht zu blockieren, sondern das entsprechende Artikelgesetz zügig passieren zu lassen. Und, so Caffier mit Nachdruck, jeder Flüchtling und Asylbewerber, der bleiben dürfe, müsse auch wissen: „Bei uns gelten Recht und Gesetz nach deutscher Ordnung, sind Männer und Frauen gleichberechtigt und – vor allem – Staat und Religion getrennt. Wer die Annehmlichkeiten Deutschlands in Anspruch nehmen möchte, der muss auch unsere Gesetze achten und unsere grundsätzlichen Wertevorstellungen akzeptieren.“



Foto: Jens Büttner

Udo Pastörs, NPD:

„Falsches Bild von hilfebedürftigen Ausländern“

Foto: Uwe Baleswski



„Dieses Thema so auf die Tagesordnung zu setzen, ist eine Unverschämtheit“, sagte **Udo Pastörs** (NPD) unter lautem Protest aus den Reihen der demokratischen Fraktionen. Die Formulierung suggeriere, es ginge „diesen Fremden“ schlecht in den Unterkünften des Landes.

„Die Lügenpresse, unterstützt durch die Politik“ zeichne ein Bild von hilfsbedürftigen Ausländern, das es so gar nicht gebe, betonte der NPD-Fraktionsvorsitzende und fügte hinzu: „Wer über die Lage der Flüchtlinge in Mecklenburg-Vorpommern spricht und mit keiner Silbe erwähnt, dass es sich bei dem überwiegenden Teil der nach Deutschland einströmenden Fremden nicht um Kriegsflüchtlinge oder politisch Verfolgte handelt, betrügt das eigene Volk.“

„ Die Überfremdungspolitik der Regierenden verhindert, dass die wirklich Verfolgten Akzeptanz und Aufnahme finden. “

„Die mit krimineller Energie der noch regierenden politischen Klasse vorangetriebene Überfremdungspolitik unserer Heimat“ verhindere geradezu, dass „die wirklich Verfolgten Akzeptanz und Aufnahme auch hier in Mecklenburg-Vorpommern für begrenzte Zeit finden können“, so Pastörs. Zudem würde „mancher Bürgermeister klammheimliche Freude“ darüber empfinden, dass er nun endlich seine leerstehenden Blocks mit Fremden füllen könne, die dann „vom Steuerzahler mit Miete wunderbar ganz sicher finanziert werden“. „Lösen Sie zuerst das Problem der Kinderarmut in Mecklenburg-Vorpommern und der Obdachlosen“, forderte Pastörs. „Und dann können Sie sich als Wohltäter betätigen für die ganze Welt.“

Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Flüchtlinge vor Anfeindungen schützen“

Fotos: Uwe Balewski



„Hilfe statt Hass ist das Mittel der Stunde“, entgegnete **Silke Gajek** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) auf die Rede von Udo Pastörs und betonte: „Wir werden alles dafür tun, die Flüchtlinge vor Anfeindungen zu schützen und Gesicht zu zeigen, nicht nur bei den Demonstrationen, sondern bei unserer Hilfe jeden Tag vor Ort.“ Darin sehe sie sich einig mit allen demokratischen Fraktionen des Landtages.

Kritik richtete die Grünen-Abgeordnete an die Landesregierung: „Ich denke jedoch, dass es die Landesregierung bisher versäumt hat, ein strukturiertes, ressortübergreifendes, finanziell solide untersetztes Konzept auf den Weg zu bringen.“ So sei es trotz jahrelanger Diskussionen bislang nicht gelungen, eine elektronische Krankenkassenkarte für Flüchtlinge und Asylsuchende, einen landesweiten Sprachmittlungspool sowie die Stelle eines Landesintegrationsbeauftragten auf den Weg zu bringen. Auch bei den Integrationslotsen vermisste sie einheitliche Standards. „Wären wir langfristig darangegangen, hätten wir vielleicht ein besseres Übergangsmanagement.“

„// Es geht um ein Konzept, wie wir perspektivisch ein Zuwanderungsland werden wollen. //“

Handlungsbedarf sieht Gajek auch bei den vielen ehrenamtlichen Helfern, vor allem in den Erstaufnahmestellen. „Das Ehrenamt wird nur bis 16 Uhr angeboten. Wenn jemand aber arbeitet und am Abend noch helfen möchte, bedarf es flexibler Lösungen.“ Viel intensiver als bisher müsse außerdem über Kita, Schule und Mobilität für Asylsuchende diskutiert werden. „Es geht um mehr als nur die Registrierung. Es geht darum, ein Konzept zu entwickeln, wie wir perspektivisch ein Zuwanderungsland werden wollen.“



Foto: Jens Büttner

Michael Silkeit, CDU:

Es geht um menschliche Grundbedürfnisse“



„Frau Gajek, bei aller Freundschaft: Irgendwie schießen Sie am Ziel vorbei“, wandte **Michael Silkeit** (CDU) ein und zitierte den Grünen-Bürgermeister von Tübingen Boris Palmer: „Alle Beteiligten laufen im Krisenmodus.“ Da sei es „völlig deplatziert“, Konzepte einzufordern. „Jetzt geht es um die Befriedigung rudimentärer menschlicher Bedürfnisse!“ Das Land werde in diesem Jahr voraussichtlich 25.000 Menschen aufnehmen, so Silkeit. Zehnmal so viele wie 2013. „Niemand, der ehrlich ist, würde behaupten, dass das reibungslos funktionieren kann“, betonte er.

„// Deutschland kann nicht jedem ein Bleiberecht gewähren, dem es in seiner Heimat schlecht geht. //“

Angesichts der Vielzahl an Flüchtlingen ließen sich auch Versorgungsprobleme in Einzelfällen nicht ausschließen. „Aber aus Einzelfällen generelle Probleme zu machen, ist meines Erachtens voll daneben“, widersprach er dem Vorwurf der Grünen, die Landesregierung habe bei der Aufnahme von Flüchtlingen „systematisch“ versagt. Für den Christdemokraten steht fest: „Wer nach Deutschland kommt und Schutz

sucht, weil er in seiner Heimat verfolgt wird, erhält diesen Schutz. Das galt gestern. Das gilt heute und das wird auch morgen gelten.“ Um dieser Aufgabe gewachsen zu sein, müsse im Gegenzug aber jeder, der nicht schutzbedürftig sei, „schnellstmöglich“ in seine Heimat zurückkehren. „Deutschland kann nicht jedem ein Bleiberecht gewähren, dem es in seiner Heimat schlecht geht. Da habe ich eine andere Auffassung als Sie, Herr Holter.“

Dagmar Kaselitz, SPD:

„Interkulturelle Bildung stärken“



Fotos: Uwe Balewski

Dagmar Kaselitz (SPD) hob die verschiedenen Sichtweisen auf die Flüchtlingskrise hervor: Die große Hilfsbereitschaft als „besten Willkommensgruß“. Die Erleichterung der Flüchtlinge, in Sicherheit zu sein. Zugleich ihre Ungewissheit und Isolation, die Enge der Unterkünfte und Angst vor Übergriffen. Die Ängste und Sorgen der Bevölkerung. „So hat jeder eine eigene Sicht auf die Situation.“ Angesichts der großen Herausforderungen seien „helfende Hinweise“ statt „gegenseitiger Schuldzuweisungen“ gefragt.

Mecklenburg-Vorpommern habe in den vergangenen 25 Jahren 365.000 Einwohner verloren. Bis 2030 würden weitere 150.000 prognostiziert. Dem gegenüber stünden in diesem Jahr 25.000 Flüchtlinge. „Die Zahl der Menschen kann also nicht das Problem sein. Die Herausforderung ist ihre Ankunft in so kurzer Zeit.“ Entscheidend für das Gelingen jeder Aktion im Zusammenhang mit der Unterbringung, Betreuung und Integration der Flüchtlinge sei eine rechtzeitige und ehrliche Informationspolitik. Die Verantwortlichen aller Ebenen müssten sich an einen Tisch setzen, ungeklärte Zuständigkeiten regeln und sich abstimmen. „Auch die Kenntnis von Fakten und die Beantwortung von Fragen können zu einem besseren Verstehen beitragen und Ängste abbau-

„Wo Information und Kommunikation zwischen allen Beteiligten funktioniert, ist die Akzeptanz größer.“

en“, ist sich Kaselitz sicher. Da, wo Information und Kommunikation zwischen allen Beteiligten gut funktioniert hätten, sei die Akzeptanz größer und die Integration erfolgreicher. Grundsätzlich solle jeder die Möglichkeit haben, Ängste auszusprechen. „Wir werden es aber nicht zulassen, dass menschenfeindliche Hetze unsere Auseinandersetzung bestimmt und erneut Ängste geschürt werden.“ Einen Schlüssel für mehr Verständnis sieht Kaselitz darin, im Rahmen der interkulturellen Bildung den Blick „gerade jetzt auf die ganze Welt zu richten“: „Betrachten wir kritisch, wie wir in unserer Welt mit unserem Blick vom reichen Norden in den armen Süden miteinander leben!“, forderte sie und warb für zahlreiche interkulturelle Angebote im ganzen Land.

Peter Ritter, DIE LINKE:

„Haltung zeigen“



„In der Debatte ist deutlich geworden, dass es in der Asyl- und Flüchtlingspolitik unter den demokratischen Fraktionen dieses Landtages viele Gemeinsamkeiten gibt, aber auch unterschiedliche Vorstellungen“, bilanzierte Peter Ritter (DIE LINKE) die Aktuelle Stunde.

„Niemand hat die Ideallösung bei der Bewältigung der Aufgabe.“

Eines aber sei klar geworden: Niemand habe die Ideallösung bei der Bewältigung der Aufgabe. „Gerade in Zeiten großer Verunsicherung in weiten Teilen der Bevölkerung kommt es darauf an, Haltung zu zeigen“, bekräftigte er die Forderung, die der Chefredakteur der „Schweriner Volkszeitung“ in seinem aktuellen Kommentar formuliert hatte. Bezugnehmend auf das Wort „Lügenpresse“, das der NPD-Fraktionsvorsitzende Udo Pastörs in seiner Rede verwendet hatte, würdigte Ritter ausdrücklich die aktuelle Berichterstattung der Medien: „Ich bin den Journalisten sehr dankbar, dass sie uns in diesem Prozess unterstützen, über die Herausforderungen und Hilfsangebote berichten und zu Kritisierendes nicht aussparen. Das ist der Auftrag der Presse und das sollten wir dankbar entgegnehmen.“

Was ist dran?

Tatsachen zu häufigen Behauptungen

Behauptung:

Die meisten Flüchtlinge wollen nach Deutschland.

Das ist falsch. Weltweit sind über 50 Millionen Menschen auf der Flucht. Die meisten suchen Schutz in ihrer Region oder in Nachbarstaaten. Die Länder, in denen sich weltweit die meisten Flüchtlinge aufhalten, heißen Türkei, Pakistan, Libanon, Iran, Äthiopien. In Europa, das stimmt, ist Deutschland ein beliebtes Land für Flüchtlinge und nimmt die meisten Flüchtlinge auf – im vergangenen Jahr 202.815, so viele wie kein anderes EU-Land. Allerdings leben in Deutschland auch mehr Menschen als in jedem anderen EU-Land. Bei der Betrachtung der Flüchtlinge pro Einwohner lag Deutschland 2014 auf Platz sechs (2,5/1000), hinter Schweden, Ungarn, Österreich, Malta und Dänemark. Im Zeitraum Januar bis April 2015 rutschte Deutschland vor auf Platz vier.

Behauptung:

Mecklenburg-Vorpommern wird von Flüchtlingen überschwemmt.

Prognosen für die Zahl der Flüchtlinge, die 2015 nach Deutschland kommen, schwanken zwischen 800.000 und 1,5 Millionen. Diese Menschen kommen natürlich nicht alle nach Mecklenburg-Vorpommern, sondern werden nach dem sogenannten „Königsteiner Schlüssel“ auf die Bundesländer verteilt. Grundlage dafür sind die jeweiligen Steuereinnahmen und die Bevölkerungszahl. Die Quote für M-V liegt derzeit bei ca. 2 Prozent (NRW 21 %, Bayern 15 %, Baden-Württemberg 13 %). Mecklenburg-Vorpommern geht zurzeit von 25.000 Flüchtlingen aus.

Behauptung:

Die meisten sind doch Wirtschaftsflüchtlinge.

Niemand setzt sich leichtfertig nachts in ein marodes Boot, wissend, dass der Tod droht. Niemand setzt alles aufs Spiel, lässt alles zurück – die Heimat, Besitz, Familienangehörige, vielleicht sogar Kinder – und das alles nur in der Hoffnung auf Sozialleistungen. Wer Asyl sucht, kämpft oft ums Überleben. Weil im Herkunftsland Krieg herrscht, Verfolgung droht, Diskriminierung an der Tagesordnung oder die eigene Existenz permanent in Gefahr ist. 2014 kamen 39.300 der Asylsuchenden in Deutschland aus dem syrischen Bürgerkrieg – sie stellten damit fast ein Viertel aller Asylanträge. Rund 13.000 Flüchtlinge flohen aus Eritrea, wo eine brutale Militärdiktatur herrscht. Krieg, kriegsähnliche Zustände und brutale Gewalt treiben auch tausende Menschen aus Afghanistan, Somalia

und dem Irak in die Flucht. Zu den Hauptherkunftsländern gehören aktuell auch eine Reihe von Balkanstaaten: Serbien, Albanien, Kosovo, Bosnien und Herzegowina sowie Mazedonien – mit Anerkennungschancen nahe Null, da diese Staaten gesetzlich als „sichere Herkunftsstaaten“ eingestuft sind. In der Realität ist die Sache nicht so einfach. Insbesondere Roma sind in den Ländern des ehemaligen Jugoslawien massiver Diskriminierung und Bedrohung ausgesetzt.

Behauptung:

Asylbewerber kriegen mehr Geld als Hartz-IV-Empfänger.

Das stimmt nicht. In den ersten 15 Monaten bekommen sie vor allem Sachleistungen (Unterkunft, Kleidung, Lebensmittel etc.) sowie ein Taschengeld in Höhe von 143 Euro im Monat. Zusammen addieren sich beide Posten auf maximal 359 Euro. Nach 15 Monaten erhalten sie den gleichen Regelsatz wie Hartz-IV-Empfänger: z.Z. 399 €. Denn das Bundesverfassungsgericht hat 2012 klar geurteilt: Weniger als das ist mit der Menschenwürde nicht vereinbar. Asylbewerber bekommen also nicht mehr Geld als unterstützungsbedürftige deutsche Bürger.

Behauptung:

Denen geht's doch gut – die haben alle ein Handy!

Ja, viele Flüchtlinge haben ein Mobiltelefon. Sowohl in Krisengebieten, wie z. B. Syrien, aber auch besonders auf der Flucht ist ein Handy ein überlebenswichtiges Kommunikations- und Navigationsmittel. Oft ist es das Letzte, was die Flüchtlinge – neben dem, was sie am Körper tragen – aus ihrer Heimat mitnehmen konnten.

Richtig ist aber auch, dass, wer vor Bomben und Terror flieht, nicht zwangsläufig mittellos sein muss.

Behauptung:

Flüchtlinge nehmen Deutschen Arbeitsplätze weg.

Das ist falsch: Asylbewerber dürfen in den ersten drei Monaten gar nicht arbeiten. Erst nach drei Monaten können sie eine Arbeitserlaubnis bekommen. Dazu muss neben der Ausländerbehörde der jeweiligen Stadt auch die Bundesagentur für Arbeit zustimmen. Sie prüft, ob kein Deutscher, EU-Ausländer oder ein bereits anerkannter Flüchtling für den Job in Frage kommt. Erst nach 15 Monaten in Deutschland können Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge ohne diese Einschränkungen arbeiten. Das hat negative Folgen: So lange Flüchtlinge nicht arbeiten dürfen, können sie auch keine Steuern und Sozialabgaben zahlen, von denen alle profitieren würden. Fakt ist auch, dass in Deutschland in vielen Berufen dringend Arbeitskräfte gesucht werden, aktuell gibt es 600.000 offene Stellen. Zudem sind in M-V zurzeit 3.500 Ausbildungsplätze unbesetzt.

Behauptung:*Im Umfeld von Flüchtlingsheimen steigt die Kriminalität.*

Es gibt keine Belege dafür, dass Flüchtlinge öfter straffällig werden als andere Menschen. Auch nicht, dass Menschen nichtdeutscher Herkunft krimineller sind als die Durchschnittsbevölkerung. Die Kriminelle Ausländer-Behauptung mit der Polizeistatistik zu untermauern, ist irreführend. Denn die Polizeistatistik erfasst Tatverdächtige, nicht Täter. Daraus kann man vor allem schließen, dass „Ausländer“ häufiger unter Verdacht geraten und polizeilich kontrolliert oder angezeigt werden. Außerdem können eine Reihe von Taten – z.B. Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz – von deutschen Staatsangehörigen gar nicht begangen werden. In die Kriminalitätsstatistik fließen auch die Übergriffe auf Flüchtlingsheime oder Angriffe auf Flüchtlinge durch Deutsche ein. Allerdings können laut Aussagen der Gewerkschaft der Polizei die Lebensbedingungen vieler Flüchtlinge – Arbeitsverbot, Massenquartiere, fehlende Privatsphäre, Langeweile, religiöse Konflikte – Gewalt und Kriminalität begünstigen.

Behauptung:*Die Sozialschmarotzer rauben unsere Sozialkassen aus.*

Wenn damit Ausländer in Deutschland gemeint sein sollen, ist diese Aussage falsch. Deutschland profitiert sogar von Zuwanderung. Laut einer Ende 2014 veröffentlichten Studie der Bertelsmann-Stiftung zahlt jeder Ausländer in Deutschland pro Jahr im Schnitt 3.300 € mehr Steuern und Sozialabgaben als er an staatlichen Leistungen erhält. Für 2012 brachte das 22 Milliarden Euro Überschuss für den deutschen Staat. Zuwanderung ist also sogar gut für die Sozialkassen. Insbesondere profitiert Deutschland vom Zuzug junger, qualifizierter Erwachsener: Ihre Kindheit und Ausbildung haben nämlich andere Staaten bezahlt, hier bringt ihre Arbeitskraft Steuern, Wachstum und sogar neue Jobs.

Quellen: www.proasyl.de, www.tagesschau.de, svz, BAMF

Bundestag verschärft Asylrecht

Der Bundestag hat am 15. Oktober mit großer Mehrheit die Reform des Asylrechts beschlossen. Für die Vorlage der Bundesregierung votierten in namentlicher Abstimmung 475 von 600 Abgeordneten. 68 stimmten mit Nein, es gab 57 Enthaltungen. Das Paket umfasst unter anderem Leistungskürzungen und Maßnahmen zur Beschleunigung von Asylverfahren. Albanien, Kosovo und Montenegro sollen als sichere Herkunftsländer eingestuft werden. Asylbewerber sollen mehr Sachleistungen und weniger Geld erhalten, abgelehnte Bewerber erhalten reduzierte Leistungen. Für Asylbewerber mit guten Aussichten auf ein Bleiberecht soll es zusätzliche Integrationskurse geben. Zudem will der Bund Länder und Kommunen entlasten. Das Gesetz wurde am 16. Oktober durch den Bundesrat gebilligt und tritt am 1. November 2015 in Kraft.



Fotos: Jens Büttner



Beruf oder Studium?

Landtag für Stärkung der dualen Berufsausbildung

Studium oder Berufsausbildung? Das ist eine Entscheidung, die in Mecklenburg-Vorpommern häufig zugunsten der akademischen Ausbildung fällt. Konnten Ausbildungsbetriebe bis vor zehn Jahren bei den Bewerbern noch aus dem Vollen schöpfen, haben sie es nun zunehmend schwer, Lehrlinge und nicht akademische Fachkräfte zu finden. „Für sie bekommt diese Entwicklung eine geradezu existenzielle Bedeutung“, sagt die CDU-Fraktion. Mit dem von ihr initiierten Koalitionsantrag „Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung sichern“ wollen CDU und SPD intensiver als bisher für die duale berufliche Ausbildung zu werben.

„Ich habe Angst, dass wir bei der Fachkräftesicherung einem Akademisierungswahn unterliegen könnten und am eigentlichen Bedarf vorbei ausbilden“, sagte **Wolfgang Waldmüller** (CDU). Die sinkenden Azubi-Zahlen seien jedenfalls nicht allein mit dem demografischen Wandel zu erklären. „Der Rückgang in den letzten zehn Jahren beträgt 57 Prozent.“ Um gegenzusteuern, sollten Gymnasien bei der Berufsorientierung die berufliche Ausbildung stärker berücksichtigen und Hochschulen spezielle „Beratungsstrukturen“ schaffen, die Studienabbrechern beim Übergang in eine Berufsausbildung helfen. Waldmüller sieht aber auch die Wirtschafts- und Sozialpartnern in der Verantwortung, frühzeitig auf Schüler zuzugehen, die Qualität der Ausbildung zu verbessern und bei der Personalauswahl auch Nicht-Akademiker stärker zu berücksichtigen. Er betonte, dass es seiner Fraktion nicht um einen Vorrang der beruflichen Ausbildung gegenüber der akademischen gehe. „Wir sprechen von Gleichwertigkeit“ – einem Ansinnen, das kein Neuland sei, sondern ähnliche Bestrebungen auf Bundesebene aufgreife.

„Wirtschaft, öffentlicher Dienst, Bundeswehr, Gesundheits- und Pflegeberufe sowie Hochschulen stehen in einem scharfen Wettbewerb um Nachwuchs. Gewinnen kann nur derjenige, der die attraktivsten Angebote machen kann“, betonte Wirtschaftsminister **Harry Glawe**. Dazu zählten etwa der Umgang mit Mitarbeitern sowie Übernahme- und Karrierechancen. Im August hätten im Land 10.000 betrieblichen Ausbildungsplätzen 8.700 Bewerber gegenüber gestanden. „Die Stärkung der dualen Berufsausbildung ist vor diesem Hintergrund eine wichtige Zielsetzung.“ Hier gelte es, alle Zielgruppen im Blick zu haben: Abiturienten ebenso wie Jugendliche mit Migrationshintergrund, Studienabbrecher, leistungsschwächere Bewerber oder Flüchtlinge mit Bleiberecht. „Mit dem Programm *Jobstarter plus* fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung bundesweit 18 regionale Projekte, die sich an Studienabbrecher richten. Mein Haus hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass eines davon aus Mecklenburg-Vorpommern kommt“, sagte der

Foto: Rainer Cordes



Am 21. September wurde Juliane Roxin im IHK-Kammerbezirk Schwerin für das beste Ergebnis bei der Abschlussprüfung der Kauffrauen und Kaufmänner für Bürokommunikation ausgezeichnet. Juliane hat in der Landtagsverwaltung gelernt, die erneut für ausgezeichnete Leistungen als Ausbildungsbetrieb geehrt wurde.

Minister unter Verweis auf eine Kooperation zwischen der Hochschule Wismar und dem Verbundpartner RegioVision in Schwerin. Glawes Botschaft: „Eine duale Berufsausbildung ist keine Sackgasse, sondern ein solides Fundament“, auf dem man auch ohne Hochschule „Qualifikationen auf höchstem Niveau“ erwerben könne.

Nach diversen Anträgen ihrer Fraktion zum Thema Ausbildung und Studium „kommt heute endlich ein Antrag der Koalition“, hob **Simone Oldenburg** (DIE LINKE) hervor. „Allerdings einer, bei dem sich die Regierung wieder nicht aus der Deckung begeben muss, denn er fordert kein Regierungshandeln.“ Stattdessen bitte er: die IHKs, die Handwerkskammern, die Hochschulen, Wirtschafts- und Sozialpartner. „Das nennt man wohl Verantwortung zu delegieren.“ Und dann auch noch die Forderungen in weiten Teilen von einem Bundestagsantrag der CDU/CSU und SPD abzuschreiben, „ist einfach nur peinlich“. „Sie versuchen eine Gleichwertigkeit herbeizureden, die keine ist“, kritisierte Oldenburg. Das zeige allein schon der Deutsche Qualifikationsrahmen, der „ein wirklicher Meilenstein“ sei: „Er ordnet die Abschlüsse der verschiedenen Bildungsbereiche in acht Niveaustufen ein.“ Statt von anderen mehr Anstrengungen zu fordern, müsse die Regierung erst einmal selbst tätig werden. Noch immer fehle im Landeskonzept „ein Handlungsrahmen für eine Berufsorientierung, der nach Altersstufen strukturiert und klar definiert ist“. Im Gegensatz dazu existierten die geforderten Beratungsstrukturen an Hochschulen und die Studienabbrecher-Beratungen bei den Kammern bereits. „Aber das passiert schon mal beim Abschreiben, dass man etwas fordert, was bereits vorhanden ist.“

Für Bildungsminister **Mathias Brodkorb** gab es in der Debatte zwei Gleichwertigkeiten. Zum einen die Frage: „Ist das eine so schwierig wie das andere im Sinne des Denkens?“

Zum anderen: „Ist der eine Mensch in dem, was er macht, mehr wert als der andere?“ „Mir kann keiner sagen, dass ein Klempner weniger wichtig ist, als ein Literaturwissenschaftler.“ Genau darum gehe es bei dem Antrag: um Wertschätzung. „Und die erzeuge ich nicht über einen künstlichen Qualifikationsrahmen“, wies er das Lob der Linken an der Aufstellung zurück. „Er ist eine Kopfgeburt, der nicht nur versucht, Abschlüsse in Deutschland irgendwie vergleichbar zu machen, sondern in ganz Europa.“ Das sei in etwa so, als würde man eine Gurke mit einem Flugzeug vergleichen. „Wem nützt das?“ Wichtiger sei es, den jungen Menschen „die Riesenchancen in der Ausbildung“ aufzuzeigen und Jobrisiken, die überlaufene Studienfächer mit sich bringen, nicht zu verschweigen. „Diese Botschaft auszusprechen, liegt auch in der Verantwortung der Politik, damit der Fachkräftemangel in der Wirtschaft nicht noch weiter zunimmt.“

„Die Universitäten in unserem Land sind völlig unterfinanziert – und Sie reden von Gleichwertigkeit zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung? Das finde ich mutig“, sagte **Ulrike Berger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Ebenso mutig sei es, den Mangel an Azubis allein auf akademische Präferenzen zu reduzieren. Für ihre Fraktion ergebe sich auch ein Zusammenhang mit der schlechten Ausstattung von Berufsschulen und den niedrigen Ausgaben des Landes für Auszubildende. Laut Bildungsfinanzbericht des Bundes seien diese nirgendwo so niedrig wie in M-V. Ähnlich wie die Linken vermisse auch ihre Fraktion „Forderungen, die spezifisch an die Landesbedürfnisse angepasst sind“. Das zusätzliche Beratungsangebot an den Hochschulen halte sie für „eine gute Idee“, aber: „Die Hochschulen werden jedoch angesichts ihrer finanziellen Situation kaum in der Lage sein, es auf den Weg zu bringen.“ Die Grünen schlugen deshalb in einem Änderungsantrag vor, dass das Land die Personal- und Sachkosten dafür übernehme. Dieser wurde jedoch von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Jochen Schulte (SPD) nannte die Debatte „immens wichtig“. In der Konsequenz könne sie jungen Menschen den Rücken stärken, dass eine duale Ausbildung eine gute be-

ruflische Perspektive ist; und dazu beitragen, dass sie so früh wie möglich herausfinden, welche berufliche Entwicklung zu ihnen passen könnte. Ein Abschluss allein sage jedoch noch nicht viel über eine berufliche Zukunft aus. „Wer ohne Probleme durchs Abitur kommt, ist vielleicht trotzdem ein miserabler Akademiker. Und jemand, der zweimal sein Abitur nicht schafft, kann dennoch qualifizierter Meister werden. Die Frage am Ende ist: Was macht jemand gerne und was macht er gut?“ Jungen Menschen müsse zudem deutlich gemacht werden, dass eine akademische Ausbildung nicht per se höherwertig sei und bessere Karrierechancen oder Verdienste mit sich bringe. „Genau das ist Sinn und Zweck des Antrags.“

Dass die Zahl der Studenten deutlich zugenommen habe und es immer weniger Handwerksnachwuchs gebe, stellte auch **David Petereit** (NPD) nicht in Abrede. „Ihre Schlüsse daraus teilen wir jedoch ganz und gar nicht.“ Aus Sicht seiner Fraktion müsse nicht jeder zum Abitur getragen werden. „Abiturquoten von 50 Prozent und mehr sind nicht normal und schon gar nicht gesund im Gesamtgefüge.“ Dieser „Akademisierungswahn“ zerschlage das berufliche Bildungssystem in Deutschland. Das Land habe in den vergangenen Jahren nichts getan, um die „Vergreisung“ aufzuhalten – und schlage als eine Lösung nun vor, die Ausbildungschancen für junge Menschen mit Migrationshintergrund zu erhöhen. „Wir lehnen den Antrag nicht nur wegen seines tödlichen Ansatzes ab, sondern auch, weil er zu großen Teilen aus einen Antrag auf Bundesebene abgeschrieben wurde.“

„Wenn es hochwertige Anträge im Bund gibt, dann darf man sie ruhig begleiten“, reagierte **Wolfgang Waldmüller** (CDU) auf die Kritik der Opposition, der Antrag sei abgeschrieben. Außerdem fordere die Koalition in Bezug auf die Anpassung der Richtlinie zur Berufs- und Studienorientierung in der Sekundarstufe II sehr wohl Regierungshandeln. Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPD und CDU, bei Gegenstimmen von DIE LINKE und NPD und Stimmenthaltung der Grünen, angenommen.

Antrag CDU/SPD-Koalition Drucksache 6/4475

Änderungsantrag B'90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/4526



Foto: Thomas Drenckow

Am 7. und 8. Oktober fand in der Stadthalle Rostock mit der „JOBAKTIV“ die größte zweitägige Arbeitsmarktmesse in Mecklenburg-Vorpommern statt. Landtags-Vizepräsidentin Regine Lück, hier im Gespräch mit Oberbürgermeister Roland Methling, konnte sich bei einem Rundgang ein Bild von der Vielfalt der Jobangebote machen. Den rund 7.000 Besucherinnen und Besuchern präsentierten sich 95 regionale Arbeitgeber aus 13 Branchen.

Kein Zuspruch für 10H-Regelung

Landtag überweist Volksinitiative in die Ausschüsse

Die Volksinitiative, die Abstände zwischen Windrädern und Wohnhäusern zu vergrößern, findet im Landtag keinen Zuspruch. Die Initiatoren vom Aktionsbündnis „Freier Horizont“ fordern einen Mindestabstand, der dem Zehnfachen der Anlagenhöhe entspricht (10H-Regelung). Das wären in der Regel 2000 Meter. Bislang sind 1000 Meter vorgeschrieben. Das Bündnis hatte mehr als 15.000 Unterschriften für sein Anliegen gesammelt und damit erreicht, dass sich der Landtag mit seinem Gesetzentwurf „Gegen unkontrollierten Ausbau von Windenergie“ befassen muss. Die Redner aller demokratischen Fraktionen sprachen sich am 23. September in erster Lesung gegen eine Abstands-Erweiterung aus und verwiesen den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung in die Ausschüsse.

„Eine Verdopplung der Abstandsflächen bringt für die Beteiligten nach wissenschaftlichen Studien gar nichts. Sie bringt nur eines gewiss: die Energiewende in Gefahr“, machte Energieminister **Christian Pegel** seinen Standpunkt klar. Von einem unkontrollierten Ausbau der Windenergie zu sprechen, sei eine „sachlich falsche politische Kampfformel“. Das Land praktiziere genau das Gegenteil. „Aktuell sind nicht einmal 0,7 Prozent der Landesfläche für Windeignung ausgewiesen.“ Selbst wenn man die noch nicht abgeschlossenen Verfahren dazurechnen würde, käme man lediglich auf etwas mehr als ein Prozent. Im Bundesvergleich liege der 1000-Meter-Abstand bereits im oberen Bereich. „Mehr ist weder begründbar noch vor dem Hintergrund der benötigten Strommengen vertretbar.“ Dass der Abstand schädliche Auswirkungen auf die Gesundheit habe, lasse sich „in keinsten Weise“ wissenschaftlich belegen. Ihn auf 2000 Meter zu verdoppeln, würde hingegen die nutzbare Fläche deutlich vermindern und dem Land eine wichtige wirtschaftliche Chance bei der Energiewende – dem „neuen industriellen Rückgrat“ für Mecklenburg-Vorpommern – nehmen.

Länderöffnungsklausel

Wer in Deutschland Windenergieanlagen baut, muss sich an viele Vorgaben halten. Die stehen unter anderem im Baugesetzbuch, sind also Bundesrecht. Im vergangenen Jahr hat der Bund den Ländern jedoch mit einer so genannten Länderöffnungsklausel die Möglichkeit gegeben, in eigenen Gesetzen einen Mindestabstand von Windkraftanlagen zu Wohnbebauung festzulegen. Diese Möglichkeit ist allerdings bis zum 31. Dezember 2015 befristet. Bis dahin müssen die Regelungen in Landesgesetzen verkündet sein, damit sie gültig sind.

Dr. Mignon Schwenke (DIE LINKE) begrüßte die Volksinitiative grundsätzlich als „aktiven Beitrag zur politischen Diskussion.“ Die Energiewende infrage zu stellen, könne ihre Fraktion jedoch nicht unterstützen. „Ich verrate kein Geheimnis, dass auch in meiner Fraktion eine intensive und teils kontroverse Debatte über den Ausbau der Windkraft stattgefunden hat.“ Dabei sei auch die Abstandsregelung „mit viel Leidenschaft“ diskutiert worden. Schwenke bezweifelte, dass ein größerer Abstand automatisch die Zahl der Windräder reduziere. „Die Regelung kann auch dazu führen, dass mehr aufgestellt werden. Nämlich dann, wenn der Investor kleinere und ineffizientere Anlagen an den Rand von Eignungsgebieten stellt und größere Anlagen dann in der Mitte oder weiter hinten.“ Bei allem Verständnis für eine kritische Auseinandersetzung wies auch sie den Vorwurf des „unkontrollierten Ausbaus von Windenergie“ zurück. Niemand könne „nach Lust und Laune eine Windmühle in die Landschaft setzen“. „Die neuen Eignungsgebiete werden regional festgelegt. Das erfolgt nicht zentral aus Schwerin, sondern in regionalen Planungsverbänden.“ Schwenke versicherte den Initiatoren, offen in die Anhörung zu gehen. Sie machte aber auch klar: „Wir brauchen und wir wollen die Energiewende.“

Anders als von der Volksinitiative gefordert, hält **Wolfgang Waldmüller** (CDU) es nicht für zielführend, die Abstände in der Landesbauordnung zu regeln. Die Möglichkeit, den Abstand von der Höhe der Windräder abhängig zu machen, bestehe bereits jetzt. „In unserem Planungsverband Westmecklenburg haben sich zum Beispiel Mehrheiten für die 7H-Regelung gefunden.“ Vom Grundsatz her sei die regionale Planung deshalb die richtige Herangehensweise. Aber er könne sich auch mit einer Länderöffnungsklausel, die über den regionalen Regelungsmöglichkeiten steht, anfreunden. Allerdings müssten dann eine Höhenabhängigkeit vereinbart und nicht die vom Energieminister per Erlass vorgegebenen Abstände festgeschrieben werden. „Dazu gibt es aber unterschiedliche Auffassungen zwischen den Koalitionspartnern.“ Grundsätzlich warb er dafür, beim Ausbau der Windkraft „mit Augenmaß“ zu handeln. Ein wichtiger Punkt dabei sei, die Wertschöpfung im Land zu behalten. „Derzeit fließt sie ja leider überwiegend in andere Bundesländer.“

„Würde sich die 10H-Regelung durchsetzen, hätten wir ein großes Problem, eine Entlastung für Anwohner zu schaffen“, erteilte auch **Johann-Georg Jaeger** von den Grünen der Volksinitiative eine Absage. Dann wäre es unmöglich, alte, geräuschintensive und ineffiziente Windräder durch moderne zu ersetzen, weil die neuen in der Regel höher seien und die geforderten Abstände nicht erfüllen würden. Er räumte ein, dass es im Hinblick auf Schall, Schattenwurf und Lichtemission der Flugbefehrerung „sicherlich auch Probleme gibt“ und die Volksinitiative diese stärker in den politischen Fokus gerückt habe. „Gleichwohl sagen jedoch alle Studien, die wir kennen: Es gibt keinen Zusammenhang zwischen der Höhe der Windkraftträder und der Akzeptanz.“ Dem Aktionsbündnis „Freier Horizont“ warf er vor, sich bislang nicht zu einem Weg der alternativen Stromerzeugung bekannt zu haben. Jaeger versprach eine intensive Aus-



Am 29. September ging der Windpark EnBW Baltic 2 ans Netz. Der Offshore-Windpark 32 km nördlich der Insel Rügen nimmt eine Fläche von 27 km² ein und besteht aus 80 Windkraftanlagen und einer Umspannplattform. Das geplante Regelarbeitsvermögen liegt bei 1,2 Milliarden kWh. Foto: Jens Büttner

einandersetzung mit dem Thema in den Ausschüssen. Er appellierte im Gegenzug aber an die Initiatoren, ihre beiden Volksbegehren zurückzuziehen, weil die Länderöffnungsklausel am 31. Dezember auslaufe und es danach nicht mehr Sache des Landes sei, die geforderte Regelung zu erlassen.

Im Gegensatz zu den Vorrednern begrüßte die NPD die Volksinitiative. „Viele Bürger wehren sich zu Recht, wenn man ihnen gigantische Windräder vor die Haustür setzt. Sie fühlen sich bedrängt und befürchten Folgen für die Natur“, sagte **Stefan Köster**. Das bedeute aber nicht, dass die „Gegner dieser Verspargelung“ automatisch generell erneuerbare Energien infrage stellten. Anders als von Energieminister Pegel behauptet, gebe es sehr wohl Studien, „die eine Beeinflussung des Wohlbefindens im Zusammenhang mit Windenergie belegen“. Zu argumentieren, dass höchstens ein Prozent der Fläche von M-V betroffen sei, nannte Köster „hanebüchen“. Es spiele keine Rolle, wie viel Fläche betroffen ist, sondern wie viele Bürger betroffen sein könnten. „Das ist der Maßstab, an dem sich die Politik auszurichten hat.“ Die Energiepolitik müsse viel mehr auf „Ausgewogenheit, Zukunftsfähigkeit und Vernunft“ ausgerichtet sein. „Wir werden die Volksinitiative deshalb nach besten Kräften unterstützen“, betonte er.

„Die SPD hat tiefen Respekt vor denen, die Bedenken beim Ausbau der Windenergie haben“, sagte **Jochen Schulte**. „Wir werden uns deshalb im Wirtschaftsausschuss ernsthaft damit auseinandersetzen.“ Für ihn stellte sich jedoch die Frage, ob es den Initiatoren tatsächlich um die Sorgen der Menschen gehe. Aus Sicht seiner Fraktion sage das Aktionsbündnis „Freier Horizont“ nicht die Wahrheit. Es halte in seinen Mitteilungen daran fest, sich auch 2016 über einen Volksent-

scheid für eine Änderung des Landesgesetzes einsetzen zu wollen. Eine Abstandsregel zu erlassen, liege dann aber gar nicht mehr im Ermessen des Landes. „Entweder ist den Verfassern der Mitteilungen nicht klar, dass die Länderöffnungsklausel 2015 endet, oder sie beschießen die Öffentlichkeit.“ Schulte stellte nicht in Abrede, dass Windräder eine Belastung für die Anwohner vor Ort darstellen könnten – aber nur, wenn es Wildwuchs und keine Planungskonzepte gebe. Das sei in M-V jedoch nicht der Fall. Anderes zu behaupten, sei „eine Dreistigkeit“. Unabhängig davon halte er die Gesellschaft für „eine Solidargemeinschaft, die gemeinsam Belastungen trägt“. Da könne man nicht nur Vorteile von allem haben wollen, sondern müsse mitunter auch Nachteile in Kauf nehmen.

*Gesetzentwurf der Volksinitiative „Freier Horizont“
Drucksache 6/4450*

Energieeffizienz-Strategie

Das Thema erneuerbare Energien stand am 24. September erneut auf der Tagesordnung des Landtages. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN forderte von der Landesregierung eine Energieeffizienz-Strategie, in der klare Landesziele zur Energieeinsparung und zur Erhöhung der Ressourcen- und Energieeffizienz definiert sind, sowie ein Landesprogramm für Energieeffizienz mit Beratungs- und Förderangeboten für Verbraucher, Unternehmen und Kommunen. Über die erzielten Fortschritte sollte die Landesregierung dem Landtag bis spätestens 31.05.2016 und danach jährlich berichten. Der Antrag fand keine Mehrheit.

Drucksache 6/4458



Tausende Fische starben, nachdem Bioethanol aus einer Leitung der Zuckerfabrik Anklam in die Peene gelangt war.

Foto: Jens Büttner

Katastrophe oder Unfall?

Hitzige Debatte über Ethanol-Austritt in Anklamer Zuckerfabrik

Ende August trieben Unmengen toter Fische bei Anklam in der Peene. Insgesamt mehr als 4000 Kilogramm. Grund war ein Leitungsleck, über das unzählige Liter Bioethanol ins Wasser gelangt waren. Nun machten die Grünen das Unglück zum Gegenstand einer Landtagsdebatte. „Wir wollen, dass endlich Klartext geredet und nichts abgewiegelt oder beschönigt wird“, begründete Dr. Ursula Karlowski den Antrag ihrer Fraktion. Einer der Hauptstreitpunkte in der lebhaften Debatte: War das Unglück ein Unfall oder eine Katastrophe? Am Ende wurde der Antrag mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt.

„Wir halten die Folgen der Einleitung von rund einer Million Liter Ethanol in die Peene für eine eklatante Umweltkatastrophe“, machte Dr. Ursula Karlowski (B' 90/Die GRÜNEN) den Standpunkt ihrer Fraktion klar. „Besonders frapperend ist die lange Dauer der Einleitung.“ Nach jetzigem Stand sei der offene Hahn erst nach vier Tagen geschlossen worden.

„Die Hauptverantwortung hat die Betreiberin der Anlage.“ Das nehme aber weder den Landwirtschafts- noch den Wirtschaftsminister aus der Pflicht. „Es besteht der starke Eindruck, Ihre Ministerien haben ihre Aufgaben nicht erledigt. Wie sonst ist es möglich, dass Bürger den Tod der Fische feststellten und auch noch selbstständig die vermeintliche Ursache recherchierten?“, fragte Karlowski die Landesregierung. Nach Ansicht der Grünen hätte die Anlage zudem gar keine immissionschutzrechtliche Genehmigung erhalten dürfen. „Wir fragen: Soll hier trotz mehrfacher Regelverstöße einem Wirtschaftsbetrieb unter die Arme gegriffen werden, weil er nach Einschätzung der Landesregierung in der Region unverzichtbar ist?“

„Ja, der Umwelt ist schwerer Schaden zugefügt worden“, bekräftigte auch Landwirtschafts- und Umweltminister Dr. Till Backhaus. Von einer Umweltkatastrophe zu sprechen, halte er mit Blick auf die gesetzlichen Maßstäbe aber „für verantwortungslos und überzogen“. Das Unglück sei vielmehr ein „schwerwiegender Unfall“ gewesen, der nach seinem Dafürhalten hätte vermieden werden können. „Ohne den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen vorgreifen zu wollen: Ich gehe von menschlichem Versagen aus.“ Er forderte vom Unternehmen eine lückenlose Aufklärung und „personelle Konsequenzen“. „Ich glaube aber auch, dass man im Landkreis eine Schwachstellenanalyse vornehmen muss.“ Keine Diskussionen dürfe es jedoch über die Zuckerfabrik als Wirtschaftsstandort geben. „Dort arbeiten 220 Menschen, und er ist eine wichtige Grundlage für die Landwirtschaft in M-V.“

Den Grünen warf Backhaus vor, statt sachlich zu informieren „mit der Angst der Menschen zu spielen“. Anders als sie gehe er von ungefähr 200.000 Litern freigesetztem Ethanol aus – das sich allerdings inzwischen „vollständig verflüchtigt“ habe. „Eine Gefahr für den Fischbestand ist nicht mehr gegeben.“ Für ihn sei es zudem „ein Skandal“, wenn die Grünen vertrauliche Informationen aus dem Agrarausschuss postwendend in die Öffentlichkeit tragen. „Sie sind ein Ärgernis für mich und dieses hohe Haus!“

„Wieder einmal versuchen die Grünen, in der Öffentlichkeit das Bild zu vermitteln, dass sie der alleinige Anwalt der Umwelt sind“, monierte **Burkhard Lenz** (CDU). „Mit Ihrem reißerischen Antrag, der im Wesentlichen am Thema vorbeigeht, versuchen Sie, die Verwaltung in Misskredit zu bringen und ein Unternehmen vorzuverurteilen.“ Er betonte, dass es keinerlei Spekulationen über das Fischsterben gebe, sondern klare Fakten: „Klar ist, dass etwa 503 Kubikmeter Bioethanol im Zolllager der Zuckerfabrik fehlen. Diese Menge ist in die Peene gelangt. Die Fische sind nicht am Alkohol verendet, sondern an der Umwandlung des Alkohols unter Aufzehrung des Sauerstoffs.“ Auch Lenz sprach von einem „Unfall“. Herauszufinden, wie es dazu kommen konnte, sei nun Aufgabe der Staatsanwaltschaft. Zunächst gelte jedoch auch für die Zuckerfabrik die Unschuldsvermutung. Gleichwohl frage sich auch seine Fraktion, wie das Bioethanol un bemerkt entweichen konnte. Bei der Frage nach behördlichen Zuständigkeiten sieht Lenz „insbesondere die Landrätin in der Verantwortung“.

„Die Auseinandersetzung, ob es eine Katastrophe oder ein Unfall gewesen sei, finde ich nicht zielführend“, sagte **Dr. Mignon Schwenke** (DIE LINKE). „Für das Ökosystem war es eine Katastrophe.“ Bei aller Entwarnung für die Peene sei für ihre Fraktion die Aufarbeitung noch nicht abgeschlossen. „Dabei geht es mir nicht um Skandalisierung“, sondern um Antworten: „Wie lässt sich ein solcher Fall künftig verhindern? Wie konnte das Ethanol in die Regenentwässerung und dann in die Peene gelangen? Hätte das Ausrufen des Katastrophenfalls die Schadensbegrenzung beeinflussen können? Welche Auflagen wurden bei der Genehmigung erteilt? Wurden sie eingehalten? Darüber erwarten wir offen Auskunft.“ Die Behörden vor Ort als auch im Land hätten „hilflos, unsicher, einfach unprofessionell“ reagiert. „Ohne den Einsatz der ehrenamtlichen Helfer hätte es vermutlich noch viel länger gedauert, bis das Leck entdeckt worden wäre.“ Auf Landesebene sieht sie auch das Innenministerium in der Verantwortung: ihm obliege die Fachaufsicht für den Katastrophenschutz. Selbstverständlich wolle auch ihre Fraktion, dass die Fabrik ein wichtiger Arbeitgeber bleibe. „Gleichwohl darf es aber keinen Gegensatz zwischen dem Schutz des Naturparks Flusslandschaft Peenetal und der Sicherung der Arbeitsplätze geben.“

Michael Andrejewski (NPD) bezeichnete es als „schweres Versäumnis“, dass die Betreiber der Zuckerfabrik in dem fraglichen Bereich keine Überwachungskameras installiert und die überwachenden Behörden die Gefahrenlücke nicht



Luftbild Zuckerfabrik Anklam

Suiker Unie GmbH

erkannt hätten. „Das Hauptproblem ist aber, dass die Anklamer Bevölkerung über das Risikopotenzial der Zuckerfabrik vollkommen im Unklaren gelassen wurde.“ Das betreffe nicht nur den aktuellen Fall, sondern auch zwei weitere naturschutzbedingte Ermittlungsverfahren. Aus Sicht seiner Fraktion verharmlose die Politik den jüngsten Vorfall. „Herr Backhaus erklärt, dass eine Peene voller toter Fische keine Katastrophe sei, weil in irgendeiner Verordnung stünde, dass mehr als ein Landkreis betroffen sein müsse.“ Auch er wisse um die Bedeutung der Zuckerfabrik für Anklam als Arbeitgeber. „Das heißt aber nicht, dass sie die Lizenz hat, alle möglichen Umweltkatastrophen anzurichten.“ Im Verständnis seiner Fraktion werde das Unternehmen „unzureichend überwacht“. „Hier müsste der Staat mehr kontrollieren oder die Zuckerfabrik verstaatlichen. Aber weg darf sie natürlich nicht.“

„Ich bin erstaunt, dass die Grünen ihren Antrag nicht zurückgezogen haben“, sagte **Katharina Feike** (SPD). „Für mich ist in Ihrer Einbringung klar zum Ausdruck gekommen, dass Sie genau wissen, wie die Havarie ablief, wie die Umstände waren, wie hoch der Schaden.“ Ebenso, dass die Zuckerfabrik zu ihrer Verantwortung stehe. Sowohl bei einem Betriebsrundgang als auch im Agrar- und Umweltausschuss sei auf all das eingegangen worden. „Daher stellt sich für mich die Frage: Ist es Populismus oder wollen Sie ernsthaft eine Aufklärung?“ Die Fragen der Linken halte sie dagegen für berechtigt. „Diese bewegen mich ebenfalls. Aber: Sind sie

Bioethanol

Als Bioethanol (auch Agro-Ethanol) bezeichnet man Ethanol, das ausschließlich aus Biomasse oder den biologisch abbaubaren Anteilen von Abfällen hergestellt wurde und für die Verwendung als Biokraftstoff bestimmt ist. Die Zuckerfabrik Anklam ist seit 2007 die einzige Zuckerfabrik in Mecklenburg-Vorpommern. Das zur niederländischen Suiker Unie gehörende Unternehmen verarbeitet Zuckerrüben zu Zucker, Bioethanol und Tierfutter. Mit 135 Beschäftigten wurden im Geschäftsjahr 2013 rund 1,4 Millionen Tonnen Zuckerrüben verarbeitet und ein Umsatz von circa 120 Millionen Euro erwirtschaftet.

wirklich den Landesbehörden zuzuordnen? Oder sind das nicht Fragen, die an den Kreis zu stellen sind?“ Auch ihre Fraktion bekenne sich zur Zuckerfabrik als Wirtschaftsstandort. „Trotzdem darf man nichts beschönigen.“ Die Vorgänge in der Fabrik strafrechtlich aufzuarbeiten, sei notwendig. „Die Ergebnisse werden Gerichte bewerten.“ Nun liege es jedoch in der Verantwortung der Zuckerfabrik, „in kürzester Zeit ein Krisenmanagement zu entwickeln“, damit sich solch ein „Umweltunfall“ nicht wiederhole. „Wir sehen deshalb keine Notwendigkeit für den Antrag der Grünen und lehnen ihn ab.“

Antrag B'90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/4464 (neu)

Weitere Beschlüsse des Landtages

Landesbauordnung

Bauhandwerksmeister dürfen auch weiterhin keine kleineren Gebäude wie Einfamilienhäuser oder Garagen planen. Dem Ansinnen der Landesregierung, die Landesbauordnung um die sogenannte Kleine Bauvorlagenberechtigung zu ergänzen, erteilte der Landtag eine Absage. Er folgte damit den Empfehlungen des Wirtschaftsausschusses. Verschärft haben die Abgeordneten indes die Vorschriften für die Erreichbarkeit von Wohnungen: neu: In Gebäuden mit mehr als zwei Wohnungen müssen die Wohnungen eines Geschosses künftig barrierefrei erreichbar sein. Bislang galt diese Vorgabe erst ab mehr als sechs Wohnungen.

Drucksachen 6/3830, 6/4501, 6/4511-4516 und 6/4518-4521

Landespressegesetz

Der Landtag hat am 23. September einen Antrag der NPD abgelehnt, das Landespressegesetz zu ändern. Wer periodische Druckwerke herausgibt, muss im Impressum neben dem Herausgeber auch einen verantwortlichen Redakteur benennen. Dieser muss mehrere Bedingungen erfüllen – unter anderem unbeschränkt strafrechtlich verfolgt werden können. Mitglieder des Landtages sind aufgrund ihrer

Immunität somit ausgeschlossen. Die NPD hält diese Einschränkung für „überholt“ und forderte, diese Bedingung zu streichen. Der Landtag hatte sich im Juni in erster Lesung mit dem Gesetzentwurf befasst und eine Überweisung in die Ausschüsse abgelehnt. Laut Geschäftsordnung musste er spätestens nach drei Monaten zur Zweiten Lesung auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Antrag NPD Drucksache 6/4003

Seniorenmitwirkungsgesetz

Der Landtag hat am 23. September das Seniorenmitwirkungsgesetz entfristet. Es wurde 2010 eingeführt, um die Mitwirkungsrechte älterer Menschen zu stärken, zum Beispiel in Seniorenbeiräten. Das Gesetz war bis 2015 befristet. Weil es sich jedoch bewährt habe, stimmten die Abgeordneten von SPD, CDU, DIE LINKE und B' 90/DIE GRÜNEN der Entfristung zu. Außerdem vereinbarten sie, die Regelungen alle fünf Jahre zu evaluieren. Die NPD enthielt sich bei der Abstimmung.

Drucksachen 6/3990 und 6/4485

Volksentscheide

Wer einen Volksentscheid initiiert, muss die Kosten dafür selbst tragen. Die Linken und die Grünen hatten mit einem gemeinsamen Gesetzentwurf gefordert, dass sich das Land mit 0,20 Euro pro gültige Ja-Stimme an den Ausgaben für die Werbung beteiligen soll. SPD und CDU sprachen sich dagegen aus. Mit der Ablehnung des Gesetzentwurfs erteilten sie auch dem Ansinnen eine Absage, jedem Stimmberechtigten zusammen mit den Abstimmungsunterlagen ein Informationsheft zum Gegenstand des Volksentscheids zuzusenden sowie Großspender beim Namen zu nennen. Die Zweite Lesung des Gesetzentwurfs war mit einer Aussprache zum Volksentscheid gegen die Gerichtsstrukturreform verbunden. Darin kritisierten Linke und Grüne einmal mehr, dass Regierung und Koalitionsfraktionen „bewusst alle Möglichkeiten haben verstreichen lassen“, die das Interesse der Bevölkerung am Volksentscheid hätten erhöhen können. Ihr Appell, nun zeitnah die Quoren für Volksbegehren und -entscheide zu senken, stieß auch bei der SPD auf Zustimmung, bei der CDU hingegen auf Vorbehalte.

Gesetzentwurf B'90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE

Drucksache 6/4094



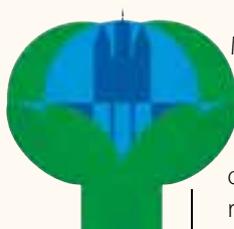
Foto: Uwe balewski



Die Gewinner des Umweltpreises wurde im Thronsaal des Schweriner Schlosses geehrt.

Umweltpreis

Landtag zeichnete sechs Projekte zum Schutz von Gewässern aus



Aller guten Dinge sind drei? Zweimal drei! Zumindest beim Umweltpreis des Landtages. Dieser wurde in diesem Jahr erstmals in zwei Kategorien vergeben – und zählte am Ende sechs Preisträger: zwei Naturvereine, eine Agrargenossenschaft, einen Kindergarten und zwei Schulen. Sie alle hatten die Jury mit ihren Ideen rund um das Thema Gewässerschutz überzeugt. Am 6. Oktober erhielten sie im Thronsaal des Schweriner Schlosses ihre Auszeichnung.

Mecklenburg-Vorpommern hat so viele Wasserflächen zu bieten, dass sich damit mühelos Berlin und München bedecken ließen. Insgesamt sind es mehr als 1.200 Quadratkilometer – so viele, wie in keinem Bundesland sonst. Vor diesem Hintergrund erscheint es wenig verwunderlich, dass der Ernst-Boll-Umweltpreis zum dritten Mal seit seiner Einführung 1992 Gewässer in den Fokus gerückt hat. „Der

Die Preisträger im Wettbewerb 2014/2015

Umweltpreis

1. Förderverein des Naturparks „Mecklenburgische Schweiz – Kummerower See“ mit dem Projekt: „Renaturierung der südwestlichen Zuflüsse zum Malchiner See“ (7.500 Euro)
2. Förderverein des Naturparks Feldberg – Uckermärkische Seenlandschaft mit dem Projekt „Verbesserung von Gewässern im Naturpark Feldberger Seenlandschaft“ (5.000 Euro)
3. Agrargenossenschaft Bartelshagen I e. G. für das Projekt „Renaturierung der Fließgewässer Klosterbach und Haubach“ (2.500 Euro).

Jugendumweltpreis

1. ASB Kindertagesstätte „Haus Sonnenschein“ Bantin mit dem Projekt „Bachpatenschaften für den Hammerbach“ (5.000 Euro)
2. Freie Schule Bröbberow mit dem Projekt „Der Schulgartenteich – eine Oase für Mensch und Tier“ sowie die Klasse 3b der Schule am Friedensring Wittenburg mit dem Projekt „Schildebachpaten, Lebensader Schilde“ (je 2.500 Euro).

Mensch hat ein janusköpfiges Verhältnis zum Wasser: Einerseits wird bewusst Wasser gespart. Andererseits werden auch immer Verschwendung und Verschmutzung in Kauf genommen“, sagte **Beate Schlupp**, Erste Vizepräsidentin des Landtages. Es sei „nach wie vor eine große Herausforderung“, das Ziel der EG-Wasserrahmenrichtlinie zu erreichen. „Zu diesem Zweck hat das Land in den zurückliegenden Jahren 100 Millionen Euro investiert.“ 30 sanierte Seen, 220 renaturierte Gewässer und verringerte Schadstoffeinträge in die Ostsee seien Beispiele, wie ernst Mecklenburg-Vorpommern Gewässerschutz nehme.

Dr. Thomas Holzmann bestätigte in seiner Festrede, dass sich die chemische und biologische Wasserqualität in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten erheblich verbessert habe. „Als ich Kind war, stank die Elbe noch nach Chemikalien.“ Nichtsdestotrotz müsse der geologische Zustand weiterhin verbessert werden, so der Vizepräsident des Umweltbundesamtes. Auch in Mecklenburg-Vorpommern. Bei Seen und Fließgewässern rangiere M-V unterhalb des Bundesdurchschnitts. Badegewässer dagegen hätten in 95 Prozent der Fälle eine gute oder sehr gute Wasserqualität. Er machte aber auch deutlich: Gewässerschutz könne nicht allein durch gesetzliche Vorgaben gelingen. Mindestens genauso gefragt seien gute Ideen auf freiwilliger Basis und bürgerschaftliches Engagement. So wie im Falle der Preisträger. „Die Gutachter hatten eine heterogene Vorauswahl getroffen. Das hat es der Jury nicht einfach gemacht“, sagte **Prof. Dr. Fritz Tack**. Der Vorsitzende des Umweltausschusses hob hervor, dass der Umweltpreis in M-V der einzige im deutschsprachigen Raum sei, der von einem Landesparlament ausgelobt werde. Um ihn auch für die Zukunft fit zu machen, sei er nun erstmals in einen Umwelt- und Jugendumweltpreis gesplittet worden. Einerseits solle das den Fokus stärker auf Wissenschaft und Forschung legen. „Andererseits aber auch jungen Menschen die Teilnahme ermöglichen, die viel Engagement zeigen, ohne dabei über die Möglichkeiten professioneller Projekte zu verfügen“, so Tack.

Die Qual der Wahl in der Jury spreche „für die Qualität und Vielfalt der Bewerbungen“, resümierte Laudator **Prof. Dr. Wolfgang Riedel** von der Agrar- und Umweltwissenschaftsfakultät der Universität Rostock. „Für mich hat der Preis viele Gewinner, nicht nur die Preisträger.“ Wichtig sei das gemeinsame Bemühen um das Thema. Die ausgezeichneten Projekte hätten gezeigt, dass man auch als kleiner Förderverein oder kleine Gruppe mit Zusammenhalt, Ideen und Engagement eine Menge bewegen könne.

Doping in der DDR

Öffentliche Anhörung im Innenausschuss



Die Anhörung im Innenausschuss zum Doping in den DDR-Nordbezirken konnte auch via Livestream verfolgt werden.

Nach Meinung der Grünen sind der Dopinginsatz und das System des Zwangsdopings in den drei Nordbezirken der DDR auch 25 Jahre nach der friedlichen Revolution nahezu unerforscht. Auch die juristische Aufarbeitung sei nicht gelungen. Deshalb fordert die Fraktion B' 90/DIE GRÜNEN mit einem Antrag die Landesregierung auf, das Thema wissenschaftlich aufzuarbeiten und die Ergebnisse öffentlich bekannt zu machen. Außerdem sollen auch Sportvereine, die Eliteschulen des Sportes, das Institut für Sportwissenschaft der Uni Rostock und vergleichbare Institutionen ihre Vergangenheit historisch aufarbeiten. Der Ausschuss für Inneres und Sport führte am 10. September zu diesem Thema eine öffentliche Anhörung durch.

„Ungefähr 15.000 Sportlerinnen und Sportler bekamen fast durchweg ohne ihr Wissen von ihren Trainern und Ärzten schwerstschädigende Dopingmittel verabreicht“, sagte die Mitarbeiterin des Doping-Opfer-Hilfe e. V. **Marie Katrin Kanitz**, die als einstige Eiskunstläuferin selbst ohne ihr Wissen mit dem anabolen Steroid Oral Turinabol gedopt worden war. Die Opfer, darunter auch ehemalige Sportler der drei Sportklubs ASK Rostock, SC Neubrandenburg und SC Traktor Schwerin, seien dadurch in ihrer Gesundheit schwerst geschädigt worden, litten u.a. unter Leber- und Nierenschäden, Herz-Kreislauf-Problemen, orthopädischen Schäden, Tumoren, gynäkologischen Problemen, psychischen Erkrankungen oder seien sogar an den Folgen gestorben. Angesichts dieser Schicksale könne man die „Verweigerungspolitik von Sport und Politik“ nicht länger hinnehmen. Insgesamt gehe der Opfer-Hilfe e.V. von ungefähr 2.000 Schwerstgeschädigten aus. Sport und Politik müssten endlich handeln, ansonsten komme für viele Betroffene jede Hilfe zu spät.

„Systematisches Doping, Zwangsdoping, Doping von Kindern und Jugendlichen ist durch zahlreiche Forschungen, bezogen auf die gesamte DDR, belegt und bis in Detail

ausgeleuchtet, sagte **Burkhard Bley**, stellv. Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen der DDR. Jedoch erschwere die unbefriedigende strafrechtliche Aufarbeitung den gesellschaftlichen Aufarbeitungsprozess. „Es bleibt eine moralische Verpflichtung auch heute, das DDR-Leistungssport- und Dopingsystem aufzuarbeiten, den dauerhaft geschädigten Sportlern nachhaltige Therapien und Hilfen zur Verfügung zu stellen und aus der Kenntnis der Vergangenheit präventiv möglichen Fehlentwicklungen im Sport entgegenzusteuern“, betonte er.

Tobias Dollase von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sprach sich für eine regionale Aufarbeitung des Dopings aus. „Doping in der DDR ist inzwischen sehr umfassend untersucht und eines der meist beforschten Bereiche zur DDR-Aufarbeitung, aber regionale Untersuchungen fehlen“, begründete er. Ein umfassender Aufarbeitungsprozess helfe Opfern und Tätern und diene einer wirksamen Präventionsarbeit.

„Die juristische und gesellschaftliche Aufarbeitung in der gesamten Bundesrepublik ist unbefriedigend“, so die Einschätzung von **Prof. Dr. Jochen Scheibe**, in den 80er-Jahren Leiter der sportmedizinischen Hochschuleinrichtungen der DDR. Außerdem dürfe man die Aufarbeitung von Dopingvergehen nicht nur auf ein Land oder etwa auf ein Bundesland des heutigen Deutschlands begrenzen. „Eine korrekte Aufarbeitung dieser Zeit sollte in gemeinsamen Kommissionen zwischen den alten und neuen Bundesländern geschehen.“ Die Erfolge des DDR-Sports allein auf Doping zurückzuführen, sei allerdings nicht ausreichend. „Sie können einem trainingsfaulen, nicht motivierten Sportler an Tabletten geben, was sie wollen – er wird nicht Weltmeister werden“, so Scheibe. Entscheidende Faktoren für internationale Erfolge im Hochleistungssport seien die Trainingsmethodik, die Talentauswahl und die Wissenschaft in diesem Bereich.

Wolfgang Remer, Präsident des Landessportbundes, erinnerte daran, dass nach der Wende die Strukturen im Sport vollkommen neu aufgebaut worden seien. Der LSB und auch alle anderen Strukturen des Sports seien nicht Rechtsnachfolger des DTSB. „Damit haben wir auch keine rechtliche Verantwortung für das, was zu DTSB-Zeiten geschehen ist – eine moralische Verantwortung sicherlich“, so Remer. Ziel des Neuanfangs sei es gewesen, die Organisationsstrukturen des Sports auf ehrenamtlicher Basis aufzubauen, bezahlbare hauptamtliche Strukturen im Lande zu schaffen, Grundlagen für die Finanzierung des Sports zu legen und die gesellschaftliche Akzeptanz des Sports wieder zu beleben. Es sei dem Landessportbund immer darum gegangen, Doping in den neuen Strukturen zu verhindern. „Das ist uns bis auf einige Rückschläge sehr gut gelungen“, so Remers Einschätzung. Die Aufarbeitung der Doping-Geschichte sei in erster Linie gleich nach der Wende durch den Deutschen Sportbund und durch die sportwissenschaftlichen Einrichtungen erfolgt, wobei die Aufarbeitung des Dopings im westlichen Teil Deutschlands seiner Meinung nach zumindest bis heute nicht veröffentlicht worden sei.

Einen wesentlichen Schlüssel zum erfolgreichen Kampf gegen Doping sieht **Winfried Schneider**, 1991 bis 2013 Schulleiter der Elite-Schule des Sports Neubrandenburg, darin,

„die Schüler so stark zu machen, dass sie zum Doping Nein sagen“. Die Aufklärung zum Doping sei fester Bestandteil des Lehrplanes.

Das Wortprotokoll der Anhörung und die schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen finden Sie auf der Internetseite des Innenausschusses auf www.lndtag-mv.de
Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/3908

Studierendenwerke

Bildungsausschuss hörte Sachverständige zur geplanten Neuordnung an

In den vergangenen 20 Jahren haben die Studierendenwerke den Wandel von Behörden hin zu modernen Dienstleistungsunternehmen für Studierende vollzogen. Dem entsprechend war das Studentenwerksgesetz wiederholt auf der Satzungs- und Verordnungsebene neuen Entwicklungen angepasst worden. Nunmehr sind jedoch die Änderungsbedarfe von so grundsätzlicher Natur, dass die Landesregierung eine Gesetzesnovelle vorgelegt hat. Am 16. September führte der Bildungsausschuss hierzu eine öffentliche Anhörung durch, an der zehn der elf geladenen Sachverständigen teilnahmen.

Grundsätzlich begrüßten die Sachverständigen die Neuordnung der Organe des Studierendenwerkes. Sie forderten jedoch, die Kompetenzen für das operative Geschäft, die fachliche Aufsicht in eigenen Angelegenheiten des Studierendenwerks und die strategische Steuerung sowie die Rechts- und Fachaufsicht in Auftragsangelegenheiten klarer voneinander abzugrenzen, um die Aufgaben effektiv wahrnehmen zu können. Auch sollen im Aufsichtsrat alle Hochschulen im jeweiligen Zuständigkeitsbereich vertreten sein.

Die im Gesetzentwurf vorgesehenen Befugnisse des Aufsichtsrates gehen den meisten Sachverständigen zu weit. So sei die geplante Normierung eines Weisungsrechts des Aufsichtsrates gegenüber der Geschäftsführung unüblich und unnötig.

Zahlreiche Sachverständige sehen auch die Stellung der Geschäftsführung gegenüber dem Aufsichtsrat und dem Bildungsministerium geschwächt. Dabei brauche die Geschäftsführung eine starke Verhandlungsposition in den Gremien, um für den Fortbestand des Unternehmens die erforderlichen Entscheidungen treffen zu können. Auch dass Erlasse, die Änderung von Satzung und Beitragsordnung, die Bestellung des stellvertretenden Geschäftsführers und der Wirtschaftsplan vom Bildungsministerium genehmigt werden müssen, schränkt aus Sicht der Sachverständigen die Autonomie der Studierendenwerke ein.

Zahlreiche Sachverständige wiesen auf die unzureichende finanzielle Ausstattung der Studierendenwerke hin. Eine staatliche Förderung sei insbesondere im Bereich des studentischen Wohnens dringend erforderlich, um einen guten Standard der Wohnheime erhalten bzw. wiederherstellen zu können. Sofern das Land eine gute soziale Infrastruktur des Studiums nicht ausreichend finanziere, seien die Studierendenwerke gezwungen, für notwendige Investitionen Darlehen aufzunehmen. Die im Gesetzentwurf vorgesehenen Regelungen würden dies aber in zahlreichen Fällen, vor allem im Bereich des studentischen Wohnens, nicht ermöglichen, da die benötigten Kredite meist das Eigenkapital übersteigen würden. Die Studierendenwerke sollten daher auch künftig die Möglichkeit erhalten, Darlehen im erforderlichen Umfang aufzunehmen, um bezahlbare Wohnheimplätze errichten und vorhandene sanieren zu können.

Mehrheitlich begrüßten die Experten die vorgesehene Aufnahme eines Vertreters der Kommunalverwaltung in den Aufsichtsrat. Allerdings sollte dieser auch stimmberechtigt sein.

Entwurf des Studierendenwerksgesetzes Drucksache 6/4049

Foto: Jens Büttner



Den rund 40.000 Studenten an den Unis und Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns stehen die Studierendenwerke als Dienstleister für alle Belange außerhalb des eigentlichen Studiums – Wohnen, Finanzen, Kultur, Soziales und Mensen – zur Seite.

Foto: John Herrenkind



Was gemeinsam trommeln mit Toleranz zu tun hat? Sehr viel, lernten die Teilnehmer beim Projekt der „Aufklärer“ vom Behindertenverband MV.

Toleranz verstehen und erleben

Schul-Projekttag „Gymnasium Sanitz für Toleranz!“

Am 2. Oktober verteidigten die Sanitzer Gymnasiasten sowie die Lehrerinnen und Lehrer den Titel „Schule gegen Rassismus. Schule mit Courage.“ und setzten somit erneut ein deutliches Zeichen für ein Miteinander und für Toleranz gegenüber allen Menschen, egal welcher Hautfarbe, Religion, Herkunft, Einschränkungen oder Neigung.

Das Organisationsteam, welches aus acht Schülern der Oberstufe und vier Lehrern bestand, hatte mit der Planung frühzeitig im März begonnen – und das Ergebnis konnte sich sehen lassen. Unter Leitung der Lehrer Kristin Lopens und Uwe Godzieba gelang es, ein vielfältiges Angebot an Workshops, Referaten, Informationsveranstaltungen, Planspielen und Diskussionsgruppen zu organisieren. Unterstützt wurden sie dabei von den Jusos MV, der Landeszentrale für politische Bildung, vom Förderverein des Gymnasiums Sanitz und vom Landtag M-V.

Für die Jahrgangsstufen 7 bis 9 legten die Organisatoren großen Wert auf die präventive Ebene: So sollte das Interesse an der Thematik Toleranz geweckt und grundlegende Informationen zur Problematik vermittelt und angewandt werden. Planspiele unter den Titeln „Migration-Flucht-Asyl“, „Akronia“, „Perspektivwechsel – Als Flüchtling auf der Flucht“, „Weltbaumeister – Wir gestalten eine neue Welt“ und „Ihr macht den Unterschied!“ begeisterten die Teilnehmenden. Aber auch die Informationsveranstaltungen der Pfadfinder, des Behindertenverbandes MV, Kurse zur Homosexualität, Punkszene, Kunstvielfalt in anderen Ländern und über den Rechtsextremismus weckten großes Interesse.

Für die Schülerinnen und Schüler der Oberstufe, für die die politische Ebene im Fokus stand, war die Auswahl an Veranstaltungen noch größer. So nahmen sie an spannenden Diskussionen zu aktuellen Entwicklungen in MV und darü-

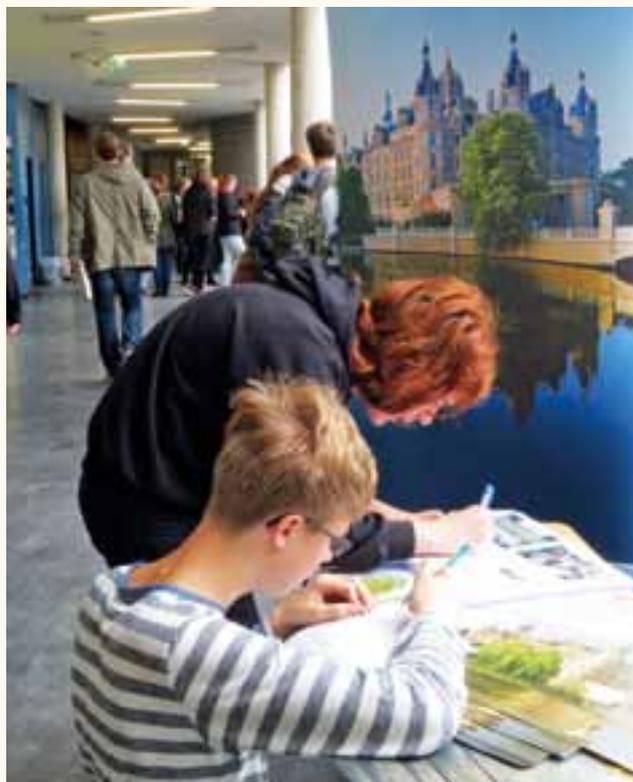


Foto: Landtag M-V

Beim Quiz des Landtages winkte als Hauptgewinn eine Klassenreise in das Schweriner Schloss.

ber hinaus mit den Landtagsabgeordneten Julian Barlen, Ralf Mucha, Johannes Saalfeld, Ulrike Berger und André Brie teil. Weitere Gesprächspartner waren die Schirmherren des Aktionstages, Landrat Sebastian Constien und Bürgermeister Joachim Hünecke. Sehr beeindruckend für alle Teilnehmenden waren die Gespräche mit Flüchtlingen aus Eritrea und der Ukraine. Bilder unterstrichen Gesagtes, machten nachdenklich und motivierten viele, helfen zu wollen. In weiteren Workshops erweiterten die Teilnehmenden ihr Wissen, z.B. in Kursen zu völkischen Siedlern im ländlichen Raum, zu den Themen „Islamischer Extremismus, Terrorismus, Pegida“, „Rechtsextremismus“ und „Festung Europa – Flüchtlinge in Europa“. Gespräche mit Rentnern aus der Gemeinde Sanitz über die Entwicklung und Veränderungen in der Region seit der Wiedervereinigung rundeten den inhaltlichen Rahmen ab.

Ein besonders breites Angebot stellten „Die Aufklärer“ vom Behindertenverband MV zur Verfügung: Neben Rollstuhl-Basketball, Rollstuhl-Rugby, Goalball, einem Trommelprojekt, Rollstuhl-Parcours übten sich die Schüler im Lesen und Schreiben der Blindenschrift. In den Pausen nutzten viele die Möglichkeit, sich am Stand des Landtages zu informieren und an einem Quiz und einer Fotoaktion „Gesicht zeigen für Toleranz“ teilzunehmen.

Der Geldbetrag, der durch den Spendenlauf am Ende des gelungenen Tages eingenommen wurde, soll Projekten und Vereinen aus der Gemeinde helfen, die im Bereich der Jugendarbeit die Integration von Flüchtlingen und Bedürftigen bereits aktiv und erfolgreich begleiten.

Sabrina Repp, Kl. 11, Schulsprecherin und Mitglied im Organisationsteam,
Kristin Lopens, Lehrerin



Baustellenfest als Dankeschön an Planer, Ingenieure und Bauleute des großen Bauprojektes „Neuer Plenarsaal“.

Foto:Landtag

Plenarsaal-Bau im Zeitplan

Landtagspräsidentin dankte beteiligten Firmen bei einem Baustellenfest für ihre Arbeit

Die wichtigsten Abbrucharbeiten im ehemaligen Festsaal sind geschafft: Die Stahlbetonemporen wurden abgerissen – immerhin rund 250 Tonnen! In kleine Stücke zersägt, haben die Betonteile nahezu unbemerkt das Schloss verlassen. Zeitgleich wurden neue Stahlträger eingebaut. Die Decken über dem vierten und dem sechsten Geschoss wurden neu eingezogen, sodass nun die Raumkubatur des künftigen Plenarsaals schon zu erkennen ist.

Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider dankte bei einem Baustellenfest am 14. Oktober den Planern, Ingenieuren und Bauleuten, die diesen schwierigen Bauabschnitt so reibungslos bewältigt haben. „Dass intensive Bauarbeiten im Schloss stattfinden, bemerkte man oft nur an der Anzahl der Bauarbeiter zur Frühstückszeit in der Landtagskantine“, sagte sie. „Die Plenar- und Ausschusssitzungen konnten wie gewohnt durchgeführt werden. Die Touristen besuchten das Museum und die Gastronomie, ohne dabei gestört zu werden.“

Ihren Dank richtet Sylvia Bretschneider auch an alle Beteiligten am Bau der Versorgungstrasse im Schlossinnenhof. „Auch hier möchte ich mich bei den Planern, den Archäologen und den Baufirmen dafür bedanken, dass der Versorgungskanal rechtzeitig zur Installation aller für den künftigen Plenarsaal benötigten technischen Medien fertiggestellt werden wird“, so die Präsidentin.

Der Plenarsaal-Bau liege im Zeitplan. Jetzt gehe es an den Einbau der neuen Besuchertribünen, die Gestaltung des Raumes in der weiß-goldenen Farbigkeit und die Ausstattung und Möblierung. „Ich freue mich sehr, erleben zu kön-

nen, wie der Entwurf, der mich damals als Jurymitglied bereits begeisterte, nun Realität wird“, betonte Bretschneider.

Niklot soll gesund bleiben

Wartungsarbeiten am Reiterstandbild des Schlossportals



Foto: c&k-photo

Einmal jährlich zur Routineuntersuchung! Niklot kann dafür natürlich auf seinem Podest über dem Hauptportal des Schlosses bleiben – die „Ärzte“ kommen zu ihm. Da im vergangenen Jahr vorsorglich in der Niklothalle Konsolen für ein Gerüst eingebaut wurden, musste nun nicht ein riesiges Fassadengerüst an der Hauptportalfront aufgebaut werden. Vom Konsolgerüst, das per Kran direkt in die Halle gehievt wurde, können nun Restauratoren von Landesbetrieb für Bau und Liegenschaften (BBL) Ross und Reiter auf Schäden untersuchen, diese gegebenenfalls reparieren sowie den Oberflächenschutz erneuern. Rund zwei Wochen sollen die Arbeiten dauern. Dann hat Niklot wieder seine Ruhe – bis zum nächsten Gesundheitscheck in einem Jahr.

Foto: Landtag M-V



Am 7. Oktober empfing Sylvia Bretschneider den Apostolischen Nuntius in Deutschland, Erzbischof Dr. Nikola Eterović, im Schweriner Schloss. Die Landtagspräsidentin dankte dem Gast für die von der katholischen Kirche und ihren sozialen Einrichtungen seit Jahrzehnten in Mecklenburg-Vorpommern geleistete Arbeit. In dem rund einstündigen Gespräch ging es auch um die aktuelle Situation der Flüchtlinge. „Große Übereinstimmung“ sei in Bezug auf grundlegende Werte deutlich geworden, die über Konfessionen hinweg wichtig für das Zusammenleben der Menschen seien, sagte Sylvia Bretschneider im Anschluss. Erzbischof Nikola Eterovic, seit 2013 Botschafter des Papstes in Deutschland, besuchte den Landtag im Rahmen seines Antrittsbesuchs in Mecklenburg-Vorpommern.

Foto: c&k-photo



Die Archäologen, die seit Juni 2014 die Bauarbeiten für eine Versorgungsstrasse im Schloss-Innenhof begleiteten, haben ihre Arbeit beendet. Landtagsdirektor Armin Tebben dankte Grabungsleiterin Marlies Konze und ihrem Team für ihren Einsatz. Die Grabungen hätten immens wichtige Informationen zur Geschichte des Schweriner Schlosses zutage gefördert, betonte der Verwaltungschef. Die Archäologen sicherten zahlreiche wertvolle Fundstücke und stießen auf einen slawischen Burgwall aus dem Jahr 965. Darunter fanden sich sogar Reste eines noch älteren Burgwalls, der um 941/942 errichtet wurde. Im YouTube-Kanal des Landtages vermittelt eine 3D-Animation einen Eindruck des einstigen Burgwalls. (v.l. Grabungsleiterin Marlies Konze, Landtagsdirektor Armin Tebben und Landesarchäologe Dr. Detlef Jantzen)

Foto: Landtag M-V



Zwar haben sie ihre Ausbildung bzw. ihr Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) im Landtag schon im September begonnen, aber es wird noch eine Weile dauern, bis sich die sieben jungen Leute an ihrem Arbeitsort Schweriner Schloss gut auskennen. Kein Wunder angesichts der über 600 Räume auf elf Etagen in fünf Gebäudeteilen! Deshalb gehört ein ausführlicher Rundgang mit den „Neuen“ zum traditionellen Angebot des Besucherdienstes. Die drei FSJler und vier Azubis lernten dabei nicht nur das Schloss ein bisschen besser kennen, sondern erfuhren auch Interessantes zur Geschichte des Gebäudes und zu Aufgaben, Zusammensetzung und Arbeitsweise des Landtages. (v.l. Malte Nils Fellechner, Rebecca Winter, Romy Wolf, Hannes Schumann, Annemarie Vogel, Marie Christin Dostal. Auf dem Foto fehlt Lisa Raschke)

Foto: Landtag M-V



„Mann.Macht.Krieg – Kampf und Konkurrenz als gesellschaftliche Antriebskraft?“ Unter diesem Thema stand eine Fachtagung des LAG Jungen-Männer-Väter in Mecklenburg-Vorpommern e.V., die am 6. Oktober im Plenarsaal des Schweriner Schlosses stattfand. Die Teilnehmenden gingen der Dynamik nach, die in diesen drei Begriffen liegt, und hinterfragten, ob diese untrennbar miteinander verbunden sein müssen. Es brauche neue Identifikationsmöglichkeiten für beide Geschlechter, sagte Landtags-Vizepräsidentin Regine Lück in ihrem Grußwort. „Gender Mainstreaming ist kein Selbstläufer.“ Nur im Miteinander könne eine Entmachtung patriarchaler, hierarchischer Gesellschaftsformen gelingen, so Lück. (Regine Lück im Gespräch mit Tagungsleiter Dirk Siebernik, links Abg. Ralf Mucha)